

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 116 · 9. JAHRGANG · AUSGABE 9/2004 · VOM 10. SEPTEMBER 2004 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Der Flugplatz als
Wirtschaftsfaktor**

Die Pyramide auf den Kopf gestellt

7-10 | **Montagsdemos
in Eberswalde**

Meinungen und Berichte

14 | **»Dem Vaterland die Treue
in allen Zeiten fort«**

Betrachtungen über das »Märkerlied«

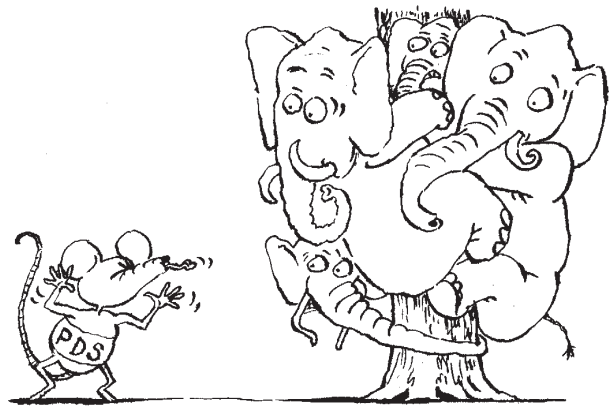
Ein Gespenst geht um ...

... im Lande Brandenburg.

Nein, nicht das Gespenst des Kommunismus. Daß sie damit noch irgendwas zu tun haben könnten, wirft den Demokratischen Sozialisten selbst CDU-General Jörg Schönbohm nicht mehr vor. Aber gespenstisch erscheint ihm der unerwartete Aufschwung der »SED-Nachfolger« allemal.

Nach den jüngsten Umfragewerten könnte es der PDS gelingen, zur Landtagwahl am 19. September stärkste Partei in Brandenburg zu werden. Doch während diese Entwicklung seine SPD-Genossen mit zunehmendem Mißmut beobachten, bleiben die »Populismus«-Vorwürfe Schönbohms gegenüber der PDS eher verhalten. Natürlich ist dessen Unsinnigkeit offensichtlich. Schließlich langten die Sozialisten schon bei der Europawahl bei den Stimmprozenten kräftig zu. Das war lange vor den aktuellen Anti-Hartz-IV-Protesten.

Allerdings stellte die Unsinnigkeit von Argumenten in der Vergangenheit für den IM (Innenminister) noch lange kein Hindernis dar, selbige zu benutzen, wenn es ihm in den Kram zu passen schien. Vielmehr hat sich wohl IM Schönbohm die vor einem Jahr in der »Barnimer Bürgerpost« geäußerten Warnungen (»Schönbohm Rosa-Rot« in BBP 7/2003) zu Herzen genommen. Damals wollte er mit seiner CDU die stärkste Partei in Brandenburg werden. Die Aussicht, zum Juniorpartner in der Koalition degradiert zu werden, trieb die SPD jedoch geradewegs in die Arme der PDS. Der General hat diesen Schlachtverlauf erkannt und steuert nun in die entgegengesetzte Richtung. Der Erfolg der PDS erscheint gar nicht mehr so schlimm, würde es der CDU nur gelingen, den Sozialdemokraten bei der Landtagswahl wenigstens den zweiten Platz zu sichern. Dann, so die Rechnung des IM, würde die



Karikatur: Wolf Schrader

SPD auf jeden Fall bei ihrem bisherigen Koalitionspartner bleiben. Trotz Wahlschlappe behielt die Platzack-Partei in der Regierungskoalition die formale Führerrolle und IM Schönbohm die reale.

Der General kann seiner CDU also als klare Strategie vorgeben, alles zu tun, die eigene Stimmenzahl unter jener der SPD zu halten. Um so jenes Gespenst abzuwenden, als das ihm eine PDS-geführte Landesregierung erscheinen muß. So werben die neuesten CDU-Plakate ganz offen für die Sozialisten. »Arbeit« und »PDS« ist dort in dicken Lettern zu lesen. Offen bleibt, ob sich die SPD an die CDU-Strategie hält und auch, ob vielleicht kleine Parteien und Listen in den Landtag kommen und so alle Vorausberechnungen über den Haufen werfen.

GERD MARKMANN

Anti Hartz IV Proteste dauern an

Den dritten Montag in Folge protestierten mehrere Hundert Eberswalderinnen und Eberswalder gegen Hartz IV. Die Organisation der Proteste lag diesmal in den Händen des Aktionsbündnisses Hartz(er) Käse, das bereits Ende Juli zur Kundgebung am 6. September auf den Potsdamer Platz im Brandenburgischen Viertel aufgerufen hatte. Folgende Forderungen will das Aktionsbündnis Hartz(er) Käse durchsetzen:

- Einrichtung von unabhängigen Sozialberatungsstellen und Kommunikationszentren in allen Stadt- und Ortsteilen von Eberswalde
- Aufruf an alle Wohlfahrtsverbände und Vereine in der Eberswalder Region keine »Arbeitsgelegenheiten« im Sinne des SGB II bereitzustellen
- Aktive und transparente Einflußnahme der Arbeitnehmervertreter im Verwaltungsausschuß des Arbeitsagenturbezirkes Eberswalde auf die Geschäftspolitik der Arbeitsagentur
- Entwicklung eines Landesarbeitsmarktprogrammes, welches sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Arbeitsplätze fördert.
- Entwicklung von Förderprogrammen, insbesondere für Langzeitarbeitslose und Betroffene, die durch Hartz IV keine Leistungen erhalten werden
- Schaffung eines Sozialbündnisses, das alle gesellschaftlich relevanten Kräfte in der Eberswalder Region vereint und zukünftige Aktionen inhaltlich und organisatorisch koordiniert
- Fortführung der Diskussion über die Einführung eines gesetzlich festgelegten Mindestlohnes
- Unterstützung des außerparlamentarischen Kampfes zur Rücknahme der bisher beschlossenen Gesetze im Rahmen der Agenda 2010
- Unterstützung aller außerparlamentarischen Initiativen im Landkreis Barnim und der Eberswalder Region, die das Thema der bestehenden und zukünftigen »Armut« öffentlich ins Bewußtsein tragen
- Unterstützung der gesellschaftlichen Debatte über bestehende Alternativen zur Agenda 2010

DIE NÄCHSTE MONTAGSDEMO IN EBERSWALDE

FINDET WIEDER AUF DEM MARKTPLATZ STATT. BEGINN DER KUNDGEBUNG IST 17.30 UHR.

ANSCHLIEßEND IST EINE DEMONSTRATION DURCH DIE INNENSTADT GEPLANT.

Zukunft

Das Land erlebt erstmalig Demonstrationen gegen die sozialdemokratische Regierung. Es handelt sich dabei um eine neue Erfahrung, wo es doch bisher in den Zielen der Politik anscheinend eine verbreitete Übereinstimmung zwischen den regierenden Sozialdemokraten und dem regierten Volk gab.

Der befürchtete soziale Abstieg bringt die Leute auf die Straße. Sie haben Angst vor der Zukunft. Zum einen erhalten zukünftig viele Menschen weniger Unterstützung. Ihre soziale Lage verschlechtert sich. Ziel der Aktion Hartz IV soll es ja sein, Ausgaben für die Arbeitslosenhilfe zu sparen. Was aber noch schwerer wiegt, ist eine große und tief gehende Enttäuschung der Menschen. Die kleinen Leute hatten sich die Sozialdemokraten als Interessenvertreter in den Auseinandersetzungen um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums gewöhnt. Nun übergeben diese herzlosen Menschen den notwendigen und gewollten sozialen Ausgleich vollständig an eine gefühllose Bürokratie. Gut bezahlte Beamte prüfen nach Verwaltungsvorschrift und mit Rechtsbehelf die Bedürftigkeit der Menschen. Man muß seine finanziellen Verhältnisse vollständig aufdecken. Bisher konnten Empfänger der Arbeitslosenhilfe darauf vertrauen, daß sich ihre bisherige Lebensleistung irgendwie im Einkommen niederschlägt. Das ist dann vorbei. Nach Hartz IV erhalten alle nach Bedürftigkeit den gleichen Betrag. Um dieses Geld überhaupt zu bekommen, muß man jede Arbeit annehmen. So sollen die unterbezahlten Arbeitsstellen besetzt werden. Für den Staat soll man um den Lohn eines Euro arbeiten.

Wer kann sich da noch wundern, wenn die Leute Angst vor der Zukunft haben? Sie sollen ihre gesamte Lebenseinstellung ändern. Für sie geht es nicht mehr nach Leistung sondern nach Bedürftigkeit. In einer Leistungsgesellschaft wächst die Zahl der Gleichgemachten. Wo kaum jemand des Nachbarn Einkommen kennt, erhält jeder Arbeitslose das Gleiche. Aus Angst lösen die Leute ihre Bankkonten auf und verstecken das Geld unter dem Kopfkissen. Anschaffungen werden zurückgestellt. Man spart was man kann. Der Konsum stockt. Irgendwie paßt das Ziel nicht mit dem Ergebnis zusammen. Statt Motivation entsteht Frust. Soziale Sicherung wird zur Demütigung. Angst besiegt das Vertrauen. Die Hoffnung vergeht. Der Glaube an eine Zukunft in Würde und Arbeit ist für viele dahin. Deshalb demonstrieren die Leute zu Recht. Es handelt sich schließlich um ihre Zukunft.

Dr. MANFRED PFAFF

»Methoden einer vergangenen Zeit«

Zur Hartz IV Diskussion in der Finower Feuerwache am 26. August

Mit Ausnahme der möglichen Reduzierung von Bürokratie durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe lehne ich die Art, wie »Hartz IV« praktiziert werden soll, ab. Wenn meine Einschätzung in Bezug auf zu erwartende Negativfaktoren mit den von Frau Mächtig gegebenen Ausführungen identisch ist, kann dies nur Ausdruck sachlicher Politikbetrachtung sein. Die Ziele aller demokratischen Politikrichtungen sehe ich nahezu für alle gleich – die Wege dahin sind die Unterschiede! Für die Wege der PDS als SED-Nachfolgepartei muß ich die Sorge haben, daß sie ideologische Wurzeln, zu denen für mich z.B. Lehren von Lenin mit den Richtlinien für »Bündnispolitik« gehören, noch nicht abgeschnitten hat. Als ich 1949 als Student in Greifswald die Gründung der DDR erleben mußte, meinte ich nach meinen Erfahrungen aus der Kriegsgefangenschaft, »das wird nicht lange gehen«, der 17. Juni 1953 belehrte mich dann, daß es mit sowjetischen »Bajonetten« und Panzern doch länger gehen wird. Die 40 Jahre Eingesperrtsein, die »Mangeljahre« mit einer Regierung, die Staatsfinanzen mit Menschenhandel durch Freikaufsgewährung politischer Gefangener verbesserte, sollten wir nicht vergessen.

Meine zusammengefaßte Stellungnahme zu Hartz IV: Die gegenwärtige Rot-Grüne Regierung der Bundesrepublik Deutschland war mit dem Versprechen angetreten, Arbeitslosigkeit um die Hälfte zu senken. Weil dieses Ziel nun auch in der zweiten Legislaturperiode nicht annähernd erreicht wird, sieht man das Heil in »Hartz IV« mit dem Kernpunkt: Jedem Arbeitsfähigen eine zumutbare Arbeit zuzuwei-

sen. Die Durchführungsbestimmungen mit repressiven Maßnahmen sehe ich als Verachtung und Vergewaltigung des freien Willens betroffener Menschen. Dies kann nicht der richtige Weg sein und wird aus vielen logischen Gründen für viele Menschen in unserem Lande Unzufriedenheit und erhebliche Minderung des Lebensstandards mit sich bringen. Vor sicher auch notwendiger Veränderung unserer Sozialsysteme ist das wichtigste Thema zuerst anzugreifen und erfolgreich zu lösen: den vielseitig technischen und weltpolitischen Veränderungen entsprechend Programme für die Schaffung echter neuer Arbeitsplätze zu erstellen und zu realisieren. Es geht also um Innovationen und Investitionen. Dazu wurden von Vertretern liberaler Politik seit eh und je Vorschläge unterbreitet: Investitionsünstige Steuerpolitik, Abschaffung investitionsfeindlicher Bürokratie, aufgeschlossene unbürokratische Finanzpolitik, Abschaffung ungerechtfertigter Einschränkungen wissenschaftlicher Forschung (seit Jahrzehnten gibt es kaum noch deutsche Nobelpreisträger aus Forschungsinstituten unseres Landes – unsere begabten Wissenschaftler gehen ins Ausland!), entscheidende Umgestaltung unseres Bildungssystems von den Kitas an mit familienfreundlicher Familienpolitik.

Die Arbeitslosigkeit mit dem gegenwärtigen Hartz IV Programm senken zu wollen, halte ich für den falschen Weg, weil die Durchführung an »Zwangsarbeit« und für Jugendliche an »Zwangsausbildung« grenzt – Methoden, aus einer Zeit in Deutschland, die wir nie wieder erleben wollen!

Dr. SIEGFRIED ADLER

Landrat-Machtwort für Eberswalde

Eberswalde (bbp). Der Kreistag stimmte am 25. August mehrheitlich einer Verwaltungsvorlage zu, nach der die für die Gemeinden Chorin und Eberswalde vorgesehenen Mittel aus der Investpauschale des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GfG) trotz nicht genehmigter Haushalte zugeteilt werden. In Chorin ging es um den Gemeindeanteil für einen dringend notwendigen Bahnübergang. Dagegen erhob niemand ernstlichen Einspruch, was den CDU-Abgeordneten Horst aus Chorin nicht abhielt, vehement für seine Gemeinde zu streiten.

Probleme sahen einige Abgeordnete allerdings bei den für Eberswalde vorgesehenen Zuschüssen. Reinhold Dellmann (SPD) schlug vor, zwischen den Geldern für die Sanierungs-

leistungen in Kitas und Schulen und dem Zuschuß für die Laga-Nachnutzung zu differenzieren. Die Sanierungen seien bitter notwendig. Der Zuschuß zum Familiengarten hingegen trage in keiner Weise zur Konsolidierung des Eberswalder Haushaltes bei und ist auch keine Pflichtaufgabe.

Es brauchte die Intervention durch Landrat Ihrke (SPD), daß Eberswalde wegen der erhaltenen Fördermittel in der Pflicht sei, den Familiengarten nachzunutzen und die Klarstellung durch Christian Trill (SPD), daß Eberswalde durchaus über einen ausgeglichenen Haushalt verfüge, um letztlich der Auszahlung der GfG-Pauschalen die notwendige Mehrheit zu verschaffen.

ZITAT DES MONATS

ICH BIN STOLZ DARAUF, ZU DEN TYPEN ZU GEHÖREN, DIE LESERBRIEFE SCHREIBEN. VOR MEHR ALS FÜNFZEHN JAHREN WÄRE ES NICHT MÖGLICH GEWESEN, FREI ZU ÄÜBERN, WAS MAN DENKT. HEUTE KANN MAN DAS TUN, AUCH OHNE ZU DENKEN.

Stadtverordneter Jürgen Kumm (SPD) am 30.7.2004 in einem Leserbrief an die MOZ

Flugplatz als Wirtschaftsfaktor

»Flugplatz als Wirtschaftsfaktor – Möglichkeiten der Wirkung der Landeplätze als Wirtschaftsfaktor, Analyse der im Land vorhandenen Situation« hieß eine am 30. Juni 2003 von Prof. Dr. rer. pol. Wolfgang Cezanne vorgelegte gutachterliche Stellungnahme, die er im Auftrag des Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr erstellt hatte. Dieses Gutachten beinhaltet eine Analyse der Ursachen der Produktivitäts- und Wachstumsschwäche Ostdeutschlands, die Untersuchung der Infrastruktur unter besonderer Berücksichtigung von Flugplätzen bis zur Beurteilung der untersuchten 20 Flugplätze in Brandenburg.

Prof. Cezanne hinterfragt kritisch, inwiefern sich zunehmende Transfers und Landesschulden in den neuen Bundesländern in der Vergangenheit tatsächlich positiv auf die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf und die Arbeitsmärkte ausgewirkt haben und kommt zu dem Schluß, daß es Brandenburg mit den höchsten Landesschulden nicht geschafft hat, die schuldenfinanzierten Transfers so einzusetzen, daß eine geringere Arbeitslosenquote oder ein deutlich höheres Bruttoinlandsprodukt pro Kopf als beispielsweise im Land Sachsen erreicht wurde. Beim Bruttoinlandsprodukt lag Brandenburg 1999 mit 30.600 DM pro Kopf nur leicht über dem sächsischen Wert von 28.800 DM. Die Arbeitslosenquote war mit 18,7 Prozent (Brandenburg) bzw. 18,6 Prozent (Sachsen) etwa gleich. Bei den Landesschulden pro Einwohner übertraf Brandenburg mit 9.114 DM den Schuldenstand Sachsens (4.047 DM) jedoch sehr deutlich.

Eine wichtige Fragestellung des Gutachtens ist die Bedeutung der Infrastrukturausstattung für die Schließung der Produktivitätslücke Ostdeutschlands. Die Infrastruktur ist ein wichtiger Faktor für die regionale Entwicklung. So wird die Produktivität und das Wirtschaftswachstum einer Region auch durch die verfügbare Infrastruktur bestimmt. Die wichtigsten Defizite bei der Infrastruktur der neuen Länder (wie Telekommunikation oder Gewerbeflächenangebot) konnten in den vergangenen Jahren abgebaut werden. Trotzdem wird für das Jahr 2005 noch ein erheblicher Nachholbedarf, insbesondere in den Bereichen Straßenbau, kommunale Gemeinschaftsdienste (Abwasserbeseitigung) und Schulen, prognostiziert.

Diese Diagnose gilt für die Verkehrsinfrastruktur Brandenburgs hinsichtlich der Ausstattung mit Flugplätzen nicht. Die quantitative Ausstattung der Flugplatzdichte in Brandenburg ist aufgrund der ehemaligen sowjetischen Liegenschaften deutlich überdurchschnittlich im Verhältnis zu den alten Bundesländern. Es ist allerdings fraglich, ob eine Ansiedlung des Flugplatzes in strukturschwachen Gebieten aufgrund fehlender positiver Standortfaktoren überhaupt sinnvoll ist. Das Gutachten stellt zu-

sammenfassend fest, daß eine tragfähige Wirtschaftsstruktur eine Grundvoraussetzung für die positive Entwicklung eines Flugplatzes ist.

Die 20 beurteilten Flugplätze wurden gemäß der wirtschaftlichen Bedeutung des einzelnen Flugplatzes in 5 Kategorien eingeordnet: Flugplatz ohne Bedeutung (Kategorie 1), Sonderlandeplatz mit Schwerpunkt Luftsport (2a), mit Schwerpunkt Gewerbe (2b), Verkehrslandeplatz mit regionaler Bedeutung (3), Verkehrslandeplatz mit überregionaler Bedeutung (4), Regionalflughafen (5).



Die Kategorien 4 und 5 kommen beim Ranking der 20 Flugplätze nicht vor. Vier Flugplätze (Oehna, Strausberg, Schönhagen, Falkenberg) wurden mit der Kategorie 3 bewertet. Der Flugplatz Finow kam erst auf Platz 6 und erhielt die Kategorie 2b bis 3. Alle anderen Flugplätze wurden lediglich in den Kategorien 1 und 2 eingeordnet (darunter das in den letzten Monaten Schlagzeilen machende Neuhardenberg auf Platz 19 mit der Kategorie 1).

Während unsere Kommunalpolitiker mit Unterstützung der Landesregierung behaupten, der Flugplatzausbau wäre die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung in der Region, sagt das Gutachten von Prof. Cezanne genau das Gegenteil aus. Ein Flugplatz braucht für seine positive Entwicklung eine tragfähige Wirtschaftsstruktur in der Region. Hier wird also die Pyramide bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Bedeutung des Verkehrslandeplatzes Finow auf die Spitze gestellt.

Um hier trotz aller Fehleinschätzungen seitens der Landesregierung, den im Landesentwicklungsplan bekundeten Willen einen Regionalflughafen zu entwickeln, wird für einen Verkehrslandeplatz ein Baubeschränkungsreich und Nachtflug genehmigt, obwohl die Wohngrundstücke der Bürger bis auf 150 m an die Start- und Landebahn heranreichen und sich 700 m von der Start- und Landebahn entfernt ein »Reines Wohngebiet« befindet.

Sollte erst ein bei der Landtagswahl erreichter Parteienwechsel in der Landesregierung ein Überdenken der Wirtschaftspolitik mit sich führen?

HELMUT STERNBERG

Zukunft gerettet

Der Brandenburger Tag ist überstanden. Das Feuerwerk war nicht nur teuer und laut, sondern auch schön. Ein Erfolg für Eberswalde. Selbstverständlich. Wie schon die 750-Jahr-Feier. Und zuvor die Landesgartenschau. Eberswalde versteht zu feiern. Noch dazu fast kostenfrei. Nach der Landesgartenschau blieb ein Überschuß, die 750-Jahr-Feier warf laut 2004er Haushalt einen Gewinn ab, für die umfangreichen Angebote des Brandenburger Tags reichten die rund 200.000 Euro Landeszuschuß zuzüglich eines lediglich 90.000 Euro umfassenden Eigenanteils der Stadt. Genial. Gerade angesichts der zunehmenden Finanzprobleme, an denen Land und Bund schuld sind und unter denen auch Eberswalde leiden muß. Die zuständigen Abteilungen der Stadtverwaltung haben inzwischen eine Unmenge an Fest-Erfahrungen angehäuft. Für alle, die mit Ungewißheit in die Zukunft blickten, was mit diesem Potential im nächsten Jahr anzufangen sei, ließ Bürgermeister Schulz im ORB schon mal durchblicken, daß er eine Vielzahl neuer Ideen im Kopf habe. Danke.

GERD MARKMANN

Instrumentenflug

Finow (bbp). Einen Antrag auf instrumentengesteuerten Landeanflug hat die Betreibergesellschaft des Flugplatzes Finow, die Wirtschafts- und Verkehrszentrum GmbH (WVZ) gestellt. In der Vergangenheit waren ähnliche Anträge an den Einsprüche Bundeswehr und der Deutschen Flugsicherung gescheitert. Nachdem in Schönefeld wichtige Entscheidungen gefallen sind, hofft der Flugplatzbetreiber diesmal auf die Unterstützung des Landes. Laut Landesplanung soll jedoch die Abflugmasse für den »Regionalflughafen Finow« höchstens 20 Tonnen (strahlgetriebene Flugzeuge) bzw. 30 Tonnen (Propellerflugzeuge) betragen. WVZ-Geschäftsführer Reinhard Otto geht davon aus, daß die zulässige Tonnage für einen wirtschaftlichen Betrieb auf 85 Tonnen angehoben werden muß. Derzeit beträgt die zulässige Abflugmasse 14 Tonnen. Weder für die 20/30 Tonnen noch für 85 Tonnen läuft bislang ein Antragsverfahren. Beim Kauf der Tower Finow GmbH haben sich die Investoren eine Frist von fünf Jahren gegeben. Diese Frist läuft Ende 2006 aus. Falls bis dahin noch immer keine Entwicklung des Flugplatzes und des Gewerbegebietes absehbar ist, muß die Stadt Eberswalde damit rechnen, daß die WVZ von der beim Kauf der Tower Finow GmbH vereinbarten Rückgabeoption Gebrauch macht.

Beratung für

Kriegsdienstverweigerer

mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Landtagskandidatin Uta Leichsenring:

Ausbildungsangebot

Servicetechniker für Windkraftanlagen

Eberswalde (b90/grüne). Die Nutzung erneuerbarer Energien ist eine der wenigen Wirtschaftsbranchen in Deutschland, die derzeit boomen. Das zeigt sich auch auf dem Arbeitsmarkt. Ob Solarenergie, Windkraft, Biomasse, Wasserkraft oder Geothermie, die Umsatzzahlen steigen und damit auch die Zahl der Beschäftigten. Für Deutschland wird die Zahl der Arbeitskräfte in diesem Bereich mit ca. 170.000 angeben.

Dieser Trend spiegelt sich inzwischen auch in Brandenburg wider. Besonders erfolgreich waren die bisherigen Qualifizierungen zum Servicetechniker für Windkraftanlagen der Technischen Fortbildungsakademie GmbH (TFA) in Prenzlau mit Vermittlungsquoten zwischen 75 und 90 Prozent. Im vergangenen Jahr wurden auch bei der REpower Systems AG in Trampe zwei frisch ausgebildete Servicetechniker eingestellt. Am 30. August begann bei der TFA ein neuer Kurs, der bis zum 8. Juli 2005 läuft. Einige Plätze sind hier noch frei.

Ziel der Fortbildung ist die Vorbereitung auf die Tätigkeiten des Services, der Inbetriebnahme und der Produktion von Windenergieanlagen. Dazu wird mit Unternehmen der Branche sowie mit dem Berufsbildungsverein Prenzlau e.V. zusammengearbeitet. Es gelten folgende Eignungskriterien: abgeschlossene Berufsausbildung im Bereich Elektrotechnik oder Maschinenbau und möglichst Erfahrungen in diesem Beruf; körperliche und gesundheitliche Tauglichkeit (Schwindelfreiheit); Grundkenntnisse Englisch; Mobilität; Alter möglichst bis 35 Jahre. Der Kurs umfaßt ca. 1300 Stunden und wird mit einem Zeugnis nach Prüfung abgeschlossen. Die Teilnahme ist förderfähig über den Bildungsgutschein der Agentur für Arbeit. Interessenten melden sich bitte kurzfristig telefonisch bei der TFA in Prenzlau unter (03984) 804 780.

Für Uta Leichsenring sind die erneuerbaren Energien ein Teil der Zukunftsfähigkeit unserer Region. Arbeitsplätze in diesem Bereich werden künftig ein wichtiges Standbein sein. Darauf muß die Landespolitik viel stärker ausgerichtet werden. Uta Leichsenring betrachtet dies als klaren politischen Auftrag, den sie im künftigen Landtag vertreten will.

Anzeige

Mächtig zur Sache

Erststimme für Margitta Mächtig,
Direktkandidatin der PDS für den Landtag Brandenburg im Wahlkreis 13

Zweitstimme für Ingeborg Kolodzeike,
Kandidatin auf der Liste der PDS für den Landtag Brandenburg

Laut Hochrechnung 10 + x %

Die Politiker aller Parteien beklagen seit Jahren, daß die »Partei« der Nichtwähler immer größer wird. Ist das ein Wunder? Die Bürger sind von der Politik, von den politischen Parteien enttäuscht. Ihnen sind aber meist als Wahlträger nur Parteien bekannt. Und die wollen sie nicht mehr wählen.

Die Haltung der totalen Verweigerung halte ich nicht für richtig. Niemand will, daß über seinen Kopf hinweg andere entscheiden. Besonders in Angelegenheiten, die ihn ganz persönlich betreffen. Dieser »Fall« wird aber leider immer häufiger. Nur wenige sind bereit, das eigene Schicksal und das seiner Mitbürger selbst in die Hand zu nehmen, für ihr Recht zu kämpfen und für das ihrer Nachbarn. Viele hat Lethargie befallen, die sich in dem Satz äußert: »Ich kann ja doch nichts machen!«

Ich weiß, ich habe es erfahren: Man kann etwas machen, man muß nur wollen und zäh sein.

Trotzdem: Nicht alles gelingt. Man braucht immer Verbündete. Und die sind bei den politischen Parteien schwer zu finden. Gute Argumente erleichtern aber die Suche nach Bündnispartnern. Noch leichter wird es, wenn man Gleichgesinnte in den eigenen Reihen findet. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger erkennen, daß die Vertreter der Bürgerbewegung ihre Interessenvertreter sind und geben ihnen ihre Stimme. Ich hoffe, daß sich diese Tendenz fortsetzt. Deshalb habe ich zugestimmt, als meine Freunde mich gebeten haben, wieder für den Landtag zu kandidieren. Es muß diesmal gelingen, daß die Stimme der Bürgerbewegung in den Landtag kommt. Dazu war es erforderlich, ja zwingende Voraussetzung, daß sich die verschiedenen Bürgerinitiativen landesweit zusammenschließen.

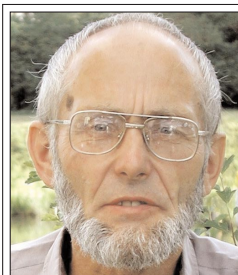
Das haben sie getan. Das Ergebnis ist die Allianz freier Wähler. Frei – das heißt parteiunabhängig und bürgernah.

1999 sind die Freien Wähler als Brandenburgische Freie Wähler-Gemeinschaften in nur vier Wahlkreisen zur Landtagswahl angetreten und haben im Landesdurchschnitt 0,63 % der Stimmen erreicht. Wenn man bedenkt, daß die Kandidaten der Freien Wähler nicht über die prall gefüllten Wahlkampfboxen der Parteien verfügen, sondern ihr Wahlwerbematerial im wesentlichen aus der eigenen Tasche bezahlen, dann ist das ein gutes Ergebnis. In diesem Jahr ist es gelungen, in allen 44 Wahlkreisen anzutreten, davon in 39 mit Direktkandidaten. Wenn eine einfache »Hochrechnung« stimmt, dann ist das Ziel 10 (+x) Prozent für die Freien Wähler durchaus real.

Trotzdem ist mir die Annahme der Kandidatur nicht leicht gefallen. Für mich – Platz 11 auf der Landesliste – bedeutet das vier Jahre weiter harte Arbeit im Dienste der Bürger – unabhängig davon, ob es uns gelingt, in den Landtag einzuziehen oder nicht. Ich gehöre nicht zu der Sorte Kandidaten, die alles fallen lassen, wenn sie ihr Wahlziel nicht erreicht haben. Ich selbst habe nur die Chance über das Direktmandat im Wahlkreis 13, Eberswalde, Schorfheide und Amt Joachimsthal und das wird gegen die Konkurrenz der Parteien sehr schwer – eben weil es die Bürger gewöhnt sind, entweder Parteien zu wählen oder gar nicht. **Ich weiß: Die Zukunft gehört der Bürgerbewegung.** In Thüringen und in Bayern haben die Freien Wähler das Ziel Landtag nur knapp verfehlt. Vielleicht gelingt es ja im Land Brandenburg zum ersten Mal, daß es eine Fraktion freier Wähler gibt. Das wäre gut für Brandenburg.

Ich hoffe besonders, daß uns diejenigen Bürgerinnen und Bürger ihr Vertrauen schenken, die sich eigentlich vorgenommen hatten, nicht zur Wahl zu gehen.

JOHANNES MADEJA



Zur Person: Johannes Madeja

Am 1. Juli 1936 geboren. Von Beruf Laborant, Chemieingenieur, Dipl.-Ing. Maschinenwesen und Fachingenieur für Arbeitssicherheit. Wohnhaft in Finowfurt, Gemeinde Schorfheide, Walzwerkstr. 85. Verheiratet, 3 Kinder, 6 Enkel. (6-16).

Berufsweg: 8 Jahre Chemisch-technisches Laboratorium Finowfurt, anwendungstechnische Forschung; 22 Jahre Chemische Fabrik Finowtal – Forschung und Entwicklung, Produktionsvorbereitung, Arbeits- und Produktionssicherheit, Umweltschutz; 2 Jahre Rohrleitungsbau Finow - Anlagenprojektionierung; 2 Jahre Kreisverwaltung Eberswalde – Beauftragter für Konversion; 2 Jahre ATD Überbetrieblicher Arbeitssicherheits- und Umwelttechnischer Dienst – Sicherheitsingenieur; zudem 15 Jahre nebenberuflich Dozent an der Ing.-Schule für Maschinenbau u. Elektrotechnik Berlin, Betriebsakademie Kranbau Eberswalde; seit 3 Jahren Altersrentner.

jetzige Tätigkeit: Gemeindevertreter in Schorfheide und Kreistagsabgeordneter der Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim (BKB e.V.), Fraktion BKB/Freie Wähler, Landesvorsitzender der Brandenburgischen Freien Wählergemeinschaften (BFWG)

Schwerpunkte der politischen Tätigkeit: Leistungsgerechte, sozialverträgliche Kommunalabgaben, Kampf gegen Sozialabbau, Förderung der regionalen Wirtschaft, nachhaltige Umweltpolitik, insbes. Wasser und Abfall.

Direktkandidat für die AfW im Wahlkreis 13
(Eberswalde, Amt Joachimsthal und Gemeinde Schorfheide)

Kneipengespräch zu Hartz IV

Werner Schulz (MdB von Bündnis 90/Die Grünen) in Bernau

Zwanzig Interessierte und Betroffene kamen am Montagabend zu einem Gespräch mit dem bündnisgrünen Bundestagsabgeordneten Werner Schulz über die Sozialreform Hartz IV in die Bernauer Gaststätte »Feigling«. Werner Schulz ist in seiner 15-jährigen politischen Biografie – vom Runden Tisch und den Montagsdemos 1989 bis zu den Montagsdemos 2004 – durchaus kein Feigling gewesen, stellte der Moderator, Jochen Bona, einleitend fest. Schulz war auch einer der wenigen in der Regierungskoalition, die Hartz IV in der vorliegenden Form im Bundestag nicht zustimmten.

Neben den Schilderungen von Betroffenen gab es im Verlauf der Runde auch Berichte über zukunftsweisende, arbeitsplatzsichernde Betriebsvereinbarungen. So berichtete zum Beispiel Sparkassendirektor Josef Keil über

eine innerbetriebliche Vereinbarung der Sparkasse Barnim zum Erhalt von Arbeitsplätzen.

Werner Schulz machte sich viele Notizen und kündigte einen Antrag zur Sozialen Grundsicherung auf dem nächsten Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen im Herbst in Kiel an. Grundsätzlich sei die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ein richtiger Schritt, führte er aus. Die beschlossenen sozialen Härten insbesondere bei bisherigen Arbeitslosenhilfeempfängern bezeichnete er angesichts vorhandener Steuerschlupflöcher und Steuersenkungen für Gutbetuchte allerdings als sozial ungerecht. Hier müsse und werde es in der Zukunft sicher noch Veränderungen geben.

JOCHEN BONA, Kreistagsabgeordneter, Ausschuß für Gesundheit, Senioren und Soziales

»Offene Worte« mit Gitarre, Tröte und Gesang

Spitzbübisch-fröhlich schmetterte Kerstin Kaiser-Nicht auf der Tröte, einem winzigen, leicht blechern klingenden Blasinstrument. Spätestens an dieser Stelle war das Publikum von Dagmar Enkelmanns Gast zu den »Offenen Worten« am 21. August total begeistert. »Lieder helfen mir, auf der Suche zu bleiben, auf der Suche nach dem Glück«, bekannte Kaiser-Nicht. Ihr Motto, die Lieder und Geschichten dieses Abends sagen viel über ihre Sichtweisen und ihre Weltsicht.

Mit »Gundi« Gundermanns Liedern verbindet sie ihre Liebe zur ostdeutschen Heimat, aber auch ihre ersten Erfahrungen als noch »ungelernte Politikerin«. Auf einem PDS-Parteitag, mit Gundi im Vorprogramm, ging es damals sehr kontrovers um die heiß umstrittene Abbagerung von Horno. »Bei meinem Referat zitterten mir die Knie.« Heute, nach einem Politikwissenschaftsstudium an der Fernuni Hagen, gehe sie gelassen das »harte Thema Innenpolitik« an. Auf die Wortgefechte im Landtags-Innenausschuß bereitet sie sich oft mit Hilfe eines Juristen vor. »Der weiß auch, was nicht in den Papieren steht, aber drin stehen müßte.« Und »ich habe immer eine Flasche Wasser und Schokolade dabei«. So überstehe sie, die einzige Frau in diesem Männergremium, manche lautstark vorgetragene Unsachlichkeit an die Adresse der Linken, manch einen bornierten Vortrag. Erschreckt sei sie aber, daß seit Schönbohm der Verfassungsschutz um 34 Stellen aufgestockt, in jedem Ministerium ein Terrorismusbekämpfer installiert und das Sachkostenbudget verdoppelt wurde. »Alles ohne jeden Effekt! Und, was noch schlimmer ist, dafür wurden die Ausgaben für Prävention gnadenlos gekürzt.« Aufklärung gegen Rechtstextremismus und Rassismus würde das Land kaum noch finanzieren, nicht jeder Schüler könne mehr in eine Gedenkstätte fahren, auch

die Drogenvorsorge durch Lehrer sei total zurück gefahren worden. »Hier wäre das Verfassungsschutz-Geld sinnvoll eingesetzt.«

Stehenden Beifall gab es von einer Russin unter den Gästen, als Kaiser-Nicht Lieder von Okudshava und Vyssozkij zur Gitarre sang, selbstredend im perfekten Russisch. Während ihres Studiums in der Sowjetunion war sie sehr oft mit einem Singclub unterwegs. »Meine fremde Stadt hieß damals noch Lenigrad«, singt sie und weiß, »als ich damals Songs von Demmler, Reiser, Brecht/Eisler oder russische Volkslieder lernte, konnte ich mir nicht vorstellen, daß jemals wieder deutsche Soldaten in den Krieg ziehen.« Aber auch nicht, »daß einmal Polikliniken zerschlagen werden oder daß zur Rettung von Brandenburgs Bildungssystem die Losung 'Von Finnland lernen, heißt siegen lernen' ausgegeben wird.«

Natürlich, meinte Enkelmanns Gast, »gibt es bei einem Wahlsieg der PDS in Brandenburg keine sozialistische Revolution«. Aber die Leute würden erst genommen, 150.000 Unterschriften gegen Kita-Kürzungen würden nicht mehr in den Papierkorb wandern. Und es gäbe ein Sofortprogramm für Arbeitsplätze. »In Würde leben können«, sei ihr Motto, nicht Hartz IV.

Professionellen Rat für ihr Konzert holte sich Kaiser-Nicht beim Komponist und Sänger der ehemaligen Kultgruppe »Wacholder«, Jörg »KO« Kokott. Der Musiker begleitete die singende Politikerin beim Bernauer Auftritt mit der Gitarre, sich angenehm zurücknehmend und sehr wohlklingend. Übrigens, beide waren sich nicht ganz klar, ob die Tröte vielleicht doch auch Jazzophon heißen könne, aber musikalisch kamen sie immer auf den Punkt. Das Publikum dankte es ihnen mit langem Applaus.

Dr. MANFRED KLAUS

Die Ich-AG

Der Existenzgründungszuschuß, landläufig als ICH-AG bezeichnet, existiert keine zwei Jahre. Gescheitert ist das Fördermodell dennoch schon. Motivation zur Gründung ist häufig die erhoffte finanzielle Besserstellung gegenüber HARTZ IV, statt wirklicher Gründermotivität. Die Bundesregierung nutzt das aus, um die Arbeitslosenstatistik zu schönen und erpreßt die Arbeitslosen. Als Druck- und Lockmittel dienen HARTZ IV, die Verweigerung des Anspruchs auf ICH-AG-Förderung für HARTZ IV-Betroffene, bürokratische Torturen (16 Formulare) und eine angebliche Förderhöhe im ersten Jahr von 600 Euro pro Monat. Die Summe von 600 Euro ist aber Bauernfängerei. Denn für Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung, sofern keine private Versicherung gewünscht ist, holt sich der Staat sofort 382 Euro wieder zurück. Die verbleibenden 218 Euro sollte der Bürger mal mit der Sozialhilfe vergleichen! Ab dem zweiten Jahr bekommt der Gründer noch 360 Euro pro Monat, hat aber wiederum die 382 Euro für Versicherungen zu begleichen. Viele ICH-AGler handeln aus der Not heraus und sind als Gründer ungeeignet. Sie kalkulieren zu niedrig und verbrennen Privatvermögen, um ihren Betrieb zu stützen. Sie machen damit die bereits ansässigen Unternehmen kaputt. Späterhin gehen sie dann selbst bankrott, spätestens wenn die Förderung auf 360 Euro fällt, wird es schwer.

Die Zahlen sprechen für sich. Ende Dezember 2004 lag der Pleitegrad der ICH-AG's bei drei Prozent, Ende März bei neun Prozent, Ende Juli bei 17 Prozent. Ich prophezeie für das Näherrücken des 1.1.2005 einen weiteren Anstieg der Zahl der ICH-AG-Förderungen und ebenso der Pleiten. Eines ist wie immer sicher, der Bürger wird diesen Wahnsinn bezahlen. Finanziell steht der ehemalige Gründer nach der Pleite schlechter da und hat eventuell noch Schulden. Diesen Vermögensunterschied erhofft sich der Staat, um Kürzungen der sozialen Versorgung auf diese Weise zu vollziehen, anstatt Arbeitsplätze zu schaffen. Statt dem Bürger sein Geld zu lassen, damit dieser in der freien Wirtschaft damit Arbeitsplätze schafft, zieht Rot-Grün es uns aus der Tasche, um damit noch mehr Bürokratie zu schaffen.

TILO WEINGARDT,
Direktkandidat Wahlkreis 13, Offensive D

1-Euro-Jobs in Eberswalde

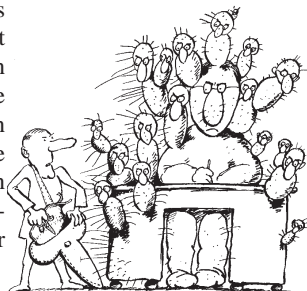
Eberswalde (bbp). »Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, Verbindung mit der Arbeitsagentur vor Ort aufzunehmen, um Möglichkeiten öffentlicher Beschäftigungen schaffen zu können.« Auf Antrag der SPD-Fraktion steht dies auf der StVV-Sitzung am 16. September zur Entscheidung. Zur Schaffung von »Beschäftigungsangeboten« soll die Stadt nach dem Willen der SPD, auch Verbindungen zu Wohlfahrtsverbänden knüpfen.

Kampf der Bürokratie

In Wahlkampfzeiten sprechen die Wahlkämpfer natürlich auch gern vom »Abbau der Bürokratie« oder sie sprechen gar vom »Kampf gegen Bürokratie«. Solche Sprüche sind außerordentlich werbewirksam und geeignet, demjenigen, der sie verkündet, Sympathien einzubringen. Wen wundert's, hatte doch fast jeder Mensch in Deutschen Landen schon mal mit »Bürokraten« zu tun und hat nicht unbedingt gute Erfahrungen gemacht. Außerdem sorgen von Zeit zu Zeit die Medien dafür, daß mancher Schildbürgerstreich der Verwaltung in der Öffentlichkeit bekannt wird.

Damit kein Mißverständnis aufkommt, ich halte es durchaus mit Tucholsky, der sich schon im vorigen Jahrhundert – offensichtlich nach trüben eigenen Erfahrungen – in Sachen Verwaltung und Bürokratie so äußerte: »Was ist des Deutschen Traum? Hinter einem Schalter zu sitzen. Was ist sein Alptraum? Vor einem Schalter zu stehen.« Die Schalter sind inzwischen abgebaut, gewisse Barrieren nicht.

Aber wie das eben so ist mit der deutschen Sprache, die Leute sprechen von Bürokratie und meinen sehr Verschiedenes. Der Wahlkämpfer artikuliert sich gegen die Bürokratie.



Jetzt werden wir gegen den Beamtenwildwuchs vom Leder ziehen.
Zeichnung: Wolf Schrader

Man kann aber nicht nur gegen etwas sein, vor allem muß man auch für etwas sein, will man beim Wahlvolk Pluspunkte sammeln. Er erklärt sich also für einen schlanken Staat, eine schlanke Verwaltung etc. und denkt dabei an die leeren Kassen. Noch einige Sachbearbeiter entlassen bedeutet zwar für die Bürger ggf. mehr Lauferei, längere Wege u.ä., schafft aber für den Moment finanziell etwas Entlastung.

Dabei tun aber die »öffentlich Bediensteten«, die Mitarbeiter der Verwaltung, doch nur ihre Pflicht, sind sich ständig der Tatsache bewußt, sie können ohne viel Federlesens gefeuert werden, lassen sie sich das Geringste gegenüber der Öffentlichkeit zuschulden kommen. Daher gibt es im Grunde auch keine »eingefleischtesten Bürokraten« mehr. Kommt man auf ein Amt, wird man freundlich zum Sitzen aufgefordert und nach den Wünschen befragt.

Die eigentliche Bürokratie besteht in den Arbeitsgrundlagen der im öffentlichen Dienst tätigen, in den vielen Vorschriften, die zumeist von Verwaltungstheoretikern, nicht selten bereits 100 Jahre vor unserer Zeit erdacht haben und die noch heute in Kraft sind. Traditionsbewußtsein und Achtung vor dem Alter sind zwar lobenswerte Eigenschaften, wenns um Verwaltung geht, sollten sie etwas im Hintergrund bleiben.

Dr. A. MOLITOR

Haushaltsentwurf 2005 für den Landkreis Barnim

Haushaltsrisiko HARTZ IV

Eberswalde (bbp). In der zweiten Septemberwoche werden die Entwürfe für den Nachtragshaushalt 2004 und den Haushalt 2005 des Landkreises Barnim an den Kreistag sowie an die Städte und Gemeinden des Landkreises übergeben. Das teilte Landrat Bodo Ihrke auf der jüngsten Sitzung des Barnimer Kreistages mit. Über beide Entwürfe soll auf dem Kreistag am 24. November entschieden werden.

Ihrke geht davon aus, daß wie in den Vorjahren auch diesmal ein in Ausgaben und Einnahmen ausgeglichener Haushalt vorgelegt wird. »In Anbetracht der angespannten finanziellen Situation vieler Gemeindehaushalte«, so Ihrke, »sollten die Pläne mit einem konstanten Kreisumlagesatz von 38,83 % erarbeitet werden«. Dabei soll für die »wesentlichsten Ausgabenbereiche im Bereich Jugend/Soziales und Kultur sowie für Maßnahmen der Wirtschaftsför-

derung« das Ausgabeniveau des Haushaltsjahres 2004 beibehalten werden. Schließlich soll zur Absicherung der zu erwartenden finanziellen Risiken durch die Regelungen aus der HARTZ IV-Gesetzgebung die gesetzliche Pflichtrücklage in voller Höhe eingeplant werden, um finanzielle Risiken für die Gemeinden auszuschließen.

Infolge des neuen Finanzausgleichsgesetzes stehen dem Kreis für 2005 in etwa die gleichen finanziellen Mittel wie 2002 zur Verfügung. Die Landeskürzungen der Jahre 2003 und 2004 werden damit in etwa ausgeglichen.

»Von einer Entwarnung in Bezug auf die kommunalen Finanzen«, warnt der Landrat, »kann leider keine Rede sein. Die Unwägbarkeiten von HARTZ IV bringen eine völlig neue Dimension in die Risikobewertung unseres Haushaltes mit ein.«

Bauboom im Barnim

Eberswalde (bbp). Der Jahresbericht 2003 zur Baustatistik im Landkreis Barnim stellt erstmals seit 1998 wieder eine Zunahme der genehmigten Baumaßnahmen im gewerblichen Bereich sowohl hinsichtlich ihrer Anzahl als auch nach den genehmigten Bauwerkskosten fest. Bei der Anzahl der genehmigten Maßnahmen, bei der Anzahl der genehmigten Wohnungen sowie der genehmigten Wohnflächen liegt der Landkreis Barnim zum ersten Mal an der Spitze aller Landkreise im Land Brandenburg. Insgesamt wurden durch die Bauaufsichtsbehörden des Landkreises und der Stadt Ebers-

walde 2003 Baumaßnahmen mit einem Investitionsvolumen von über 235 Millionen Euro genehmigt.

Auch bei den Baufertigstellungen lag der Landkreis Barnim an der Spitze aller Landkreise des Landes. So wurden im Jahr 2003 Bauwerke mit einem Gesamtinvestitionsumfang von mehr als 217 Millionen Euro fertiggestellt. Wie Landrat Bodo Ihrke auf dem Kreistag am 25. August stolz feststellte, war damit »unser Landkreis der einzige im Land, dem es gelang, die Schwelle von 200 Millionen Euro Investitionsvolumen zu überschreiten«.

Telekomstraße im heißen Wahlkampf

Während frühere Landtagskandidaten antraten ihren Wählern glaubhaft zu machen, wie sie die Rahmenbedingungen setzen wollen um Arbeit zu schaffen, läuft hier im Barnim ein Possenspiel ganz eigener Art um den Ausbau der L 293, der so genannten Telekomstraße ab.

Die Frage stellt sich, wer braucht die völlig unbedeutende Straße um die einige Lokalpolitiker von CDU, SPD und PDS so trefflich streiten und warum soll diese Straße mit öffentlichen Mitteln, also mit dem Steuergeld der Bürger ausgebaut werden?

Anderer Städte bemühen sich mit viel Aufwand und Geld den Straßenverkehr, insbesondere den Schwerlastverkehr aus den Städten mittels Umleitungen heraus zu holen. In Eberswalde wird der unfähige Versuch gestartet, den Ausbau einer weiteren Paralleltrasse zur A 11 mit dem Ausbau der Telekomstraße argumentativ vorzubereiten. Als wenn es nicht der Lösung viel dringender Probleme bedarf.

Die Katze aus dem Sack ließ die Stadt Eberswalde mit ihrer Stellungnahme im erst

geführten und dann abgebrochenen Plangenehmigungsverfahren zur L 293. Hier wird es schon konkret und die Unfähigkeit der Stadtplaner deutlich.

Danach ist der Ausbau der Telekomstraße L 293 seitens der Stadt hauptsächlich für die Übernahme des Schwerlastverkehrs geplant und so auszulegen.

Mit uns Finower Bürgern sind solche Sachen nicht zu machen. Die meisten vertrauen ohnehin nicht schwätzenden Lokalpolitikern. Wir Bürger gestalten unser Wohn- und Lebensumfeld selbst mit. Wenn einige Politiker nicht die Interessenslage der Bürger in den Mittelpunkt ihres Handels stellen ist das die Frage ihrer Wählbarkeit.

Falls es überhaupt nach dem Wahlkampfgetöse zu einer Übernahme der straßenbaulast durch den Kreis und einer Antragstellung auf Ausbau der Straße kommen sollte, werden wir im Genehmigungsverfahren dem Ausbau der Telekomstraße eine Abfuhr erteilen.

THOMAS GILLES

Montagsdemos in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Zur ersten Montagsdemonstration gegen Hartz IV in Eberswalde am 23. August marschierten rund 500 Menschen durch die Innenstadt. Eintausend nahmen an der Kundgebung auf dem Marktplatz teil. Eine Woche später waren es 600, die nach der Marktplatz-Kundgebung zur »Agentur für Arbeit« in die Bergerstraße zogen, wo sie das Amt kurzerhand in »Agentur für Armut« umbauten. Die dritte Montagsdemo wich vom Prozedere der ersten beiden ab. Das Aktionsbündnis »Hartz(er) Käse« hatte schon Ende Juli aufgerufen am 6. September auf dem Potsdamer Platz gegen Hartz IV zu demonstrieren. Hier im Brandenburgischen Viertel wohnen besonders viele von den Hartz IV Betroffenen. 400 Menschen kamen. Die folgenden Seiten sollen einen Überblick über die auf den bisherigen Montagsdemos geäußerten Forderungen und Meinungen geben.

Hartz IV ist Armut per Gesetz

Ansprache von ALBRECHT TRILLER am 23.08.04

Trotz massiver Proteste gegen den geplanten Sozialabbau wurde die Agenda 2010 und kurz vor der Sommerpause Hartz IV beschlossen. Dieses Gesetz darf nicht umgesetzt werden, wenn der soziale Frieden in Deutschland nicht noch weiter gefährdet werden soll.

Äußerster Widerstand ist angesagt, wenn Hartz IV noch kippen soll. Aufgeschreckt von den Montagsdemos, hat die Bundesregierung kleine Korrekturen in Aussicht gestellt. Doch insgesamt soll das Gesetz unverändert durchgezogen werden.

Hartz IV ist Teil eines großangelegten Sozialabbaus mit der Agenda 2010.

Hartz IV ist Armut per Gesetz.

Hartz IV bedeutet Beschneidung der Arbeitslosenversicherung (Anspruchsberechtigung, Bezugsdauer, Höhe).

Hartz IV ist nicht die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe, sondern deren Abschaffung.

Hartz IV ist die Fortsetzung der Umverteilung von unten nach oben. Die Geringbemittelten müssen die Steuergeschenke an die Reichen finanzieren. Hier muß die Reform ansetzen! Die Verteilung muß umgekehrt werden. Geld ist genug da, nur in den falschen Taschen!

Hartz IV ist die Aushöhlung der Rechte der Erwerbslosen und ihre Degradierung zu Bittstellern.

Hartz IV ist Verfassungsbruch. Die Regelungen zum Eingliederungsvertrag stellen einen Eingriff in die Vertragsfreiheit dar; verbunden mit einem »sanktionsbewehrten Zwang zur rechtsgeschäftlichen Selbsterwerfung«. Die »Arbeitsgelegenheiten« sind ihrem Charakter nach Zwangsarbeit. Hartz IV verletzt das Bedarfsdeckungsprinzip und verstößt gegen das Bestimmtheitsgebot. Schließlich erlaubt es unzulässige Sozialamtsschnüffeldienste.

Hartz IV zwingt Menschen unverschuldet in eine Armutsfalle, aus der sie nicht mehr herauskommen.

Die vorgebliche Zielstellung von Hartz IV, nämlich die Arbeitslosigkeit zu vermindern, ist damit unerreichbar, weil keine Arbeitsplätze vorhanden sind und durch Hartz IV auch nicht entstehen. Gäbe es Arbeitsplätze, wäre Hartz IV nicht nötig. Das jedenfalls sagt uns der gesunde Menschenverstand. Aber auf den kann man bei den Regierenden wohl nicht rechnen!

Doch ist es wohl weder Dummheit oder Un-

fähigkeit, sondern die schlecht verdeckte Absicht der Politiker zur weiteren Umverteilung des Reichtums von unten nach oben, die für Hartz IV verantwortlich ist.

Wenn wir Hartz IV noch kippen wollen, werden wir nicht nur jeden Montag demonstrieren müssen. »Bürgerstreiks statt lahmer Proteste« hält der Berliner Politik-Professor Peter Grottian für nötig. Das funktioniert aber nur, wenn viele Betroffene mitmachen.



Die Hartzbefürworter schelten die Kritiker, sie wären generell gegen Reformen, hätten keine Lösungen anzubieten. Damit stellen sie die Dinge auf den Kopf: Die Regierenden machen Milliarden Steuergeschenke an die Vermögenden, geben Milliarden für den Eurofighter und andere Rüstungsgüter aus und ruinieren den Staatshaushalt, und erwarten dann, daß der kleine Mann zahlt oder Gegenvorschläge macht. Vorschläge zur Veränderung liegen genügend auf dem Tisch, sind aber den Regierenden nicht nach Wunsch: Verzicht auf Steuergeschenke, Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Senkung der Rüstungskosten, Stärkung der Binnennachfrage, Umverteilung der Arbeit durch Senkung der gesetzlichen Arbeitszeit, Beschränkung der Überstunden, öffentlicher Beschäftigungssektor usw.

Die Hartzbefürworter sagen, wir, die Gegner von Hartz IV schürten bei den Betroffenen Ängste. Die Ängste und berechtigten Sorgen sind aber nicht die Folge, sondern die Veranlassung zur Gegenwehr gegen Hartz IV. Es wäre aber nicht schlecht, wenn bei der Regierung Angst aufkäme – Angst, daß sie so nicht weiter regieren kann und davongejagt werden könnte.

Noch ist es nicht zu spät. Mit gemeinsamer Kraftanstrengung kann Hartz IV noch gekippt werden. Dazu wünsche ich uns einen langen Atem.

Frieden und Gerechtigkeit

Warum beteiligt sich ein Friedensbündnis am sozialen Protest? Auf einer unserer Veranstaltung hatten wir eine Losung, die lautet: »Frieden braucht keine Kanonen, sondern Gerechtigkeit«. Das Aufrechterhalten von ungerechten Zuständen mit Gewalt, und die kann man nur mit Gewalt aufrechterhalten, gefährdet den Weltfrieden. Das Aufrechterhalten ungerechter Zustände im Land gefährdet die innere Sicherheit und spaltet die Gesellschaft.

Beides ist nicht zu trennen. Es gibt immer Wechselwirkungen zwischen der inneren Stabilität und der äußeren, und der äußeren und inneren Instabilität. Deswegen ist nicht übersehen, daß die sozialen Zustände, die soziale Krise und soziale Ungerechtigkeit, auch den Frieden zwischen den Völkern gefährden.

Ich kann Euch sagen, daß meine Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ebenfalls diesen Protest unterstützt, und ihre Mitglieder aufruft, sich daran zu beteiligen – auch die in Arbeit sind, denn heute ist keiner mehr sicher, daß er nicht auch davon betroffen wird.

Zu Hartz wurde ja schon viel gesagt. Ich werde dazu nichts mehr sagen. Hartz IV muß weg – und die dafür verantwortlich sind, am besten gleich mit.

Aber das Sozialchaos in Deutschland hat noch einen Namen: Ulla! Ulla, die Gesundheitskatastrophe. Man nehme eine einheitliche Krankenversicherung, und schneide eine Scheibe nach der anderen ab: Die erste Scheibe, die Praxisgebühr. Das ist ein Teil der Sozialversicherungsbeiträge. Aber der wird jetzt als Teil der Kopfpauschale gezahlt. Ohne Abstufung nach Leistungsfähigkeit der Zahler.

Das nächste – die Sehhilfe: raus an der Krankenversicherung. Selber zahlen.

Als nächstes der Zahnersatz. Versichern privat. Da kann jeder sehen, wie er durchkommt.

Die Gesundheitsreform greift, Ulla! Greift natürlich, Ulla. In unsere Taschen greift sie.

Diese Reformen, die jetzt durchgeführt werden, sind eine Taschenfrage. Die Regierenden, bei uns, wobei wir dabei nicht nur die verstehen, die in der Regierung sitzen, sondern auch die Leute, die ein paar Millionen Jahresgehalt kriegen und sich dann noch mit dreißig Millionen Prämie in die Büsche schlagen – die Regierenden, bei all ihrer sonstigen Uneinigkeit, in dem Punkt sind sie sich einig: Ihre Taschen kommen nicht in Frage! Den Zahn müssen wir ihnen ziehen, und zwar ohne Praxisgebühr.

Rede von ROLF RICHTER vom Bündnis für den Frieden Eberswalde am 23.8.2004

Am offenen Mikrofon:

Wir sollten nächsten Montag direkt vor dem Arbeitsamt stehen. Dann würde das Arbeitsamt aus allen Nähten platzen. Die sollten Angst bekommen...

ein Mann am 23. August

Ich bin im Januar 60 Jahre alt geworden. Ich habe das Ziel erreicht, mit Mühe und Not, und bekomme jetzt Rente. Ich war vorher zehn Jahre arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit war für mich furchtbar wie sicher für viele andere auch. Ich habe den Fehler gemacht und mich von allen vergessen gefühlt. Es hat mir ein Jahr Psychiatrie eingebracht aufgrund schwerer Depressionen. Und ich möchte eigentlich die Menschen, die hier auf dem Marktplatz stehen, sagen: wenn Sie Menschen kennen, die resigniert sind, die nicht den Mut haben auf die Straße zu gehen, sprechen Sie mit Ihnen, nehmen Sie sie an die Hand und bringen Sie sie mit zu den Demonstrationen.

eine Frau am 23. August

Ich bin wie die meisten auf dem Platz anwesenden von dem im kommenden Jahr in Kraft tretenden Harz IV Käse betroffen. Liebe Kundgebungsteilnehmer, der Herr Peter Kikow meint, wir sollten die angebotenen Beratungszentren mehr nutzen. Dazu müßte aber das Personal der Beratungszentren besser geschult sein. Mir erging es zum Beispiel folgendermaßen. In dem Zusatzblatt I wird nach den Kosten der Grundmiete gefragt. Da das Gebäude in dem sich meine Wohnung befindet 1999 saniert wurde erhöhte sich die Grundmiete um die Modernisierungsumlage. In den Fragebogen wollte sie aber nur die Grundmiete, die vor der Sanierung galt, einschreiben. Trotz der vorgelegten Belege war sie nicht von ihrem Irrtum abzubringen. Sie machte eher einen beleidigten Eindruck. Denn es kann ja wohl nicht angehen, daß ein Rat Suchender besser Bescheid weiß, als die Beraterin. Ein anderes Beispiel zeigt, daß die Agentur für Arbeit schon jetzt überlastet ist. Man schickt mir ein Mahnschreiben mit der Androhung des Leistungsentzuges, weil Nachweise für meinen Nebenverdienst fehlten. Im Jahr 2003 hatte die gleiche Agentur geschrieben, daß sie auf die Zusendung des Lohnkostennachweises verzichtet, wenn der Nebenverdienst die 165,006 nicht übersteigt. Auf meine erboste Antwort mit dem Hinweis auf dieses Schreiben sendete man mir den gleichen Brief wie 2003, nur mit dem Datum vom 27.08.04.

Noch ein Satz: Wo die soziale Politik unserer Regierung hinzielt zeigt doch der Austritt der Bundestagsabgeordneten Petra Bierwirt aus der Gewerkschaft. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

MANFRED LOZENZ am 30. August

Grenzen des Wachstums erreicht

Der Finower Pfarrer MARTIN APPEL am 23.8.2004

Was mich auf die Straße treibt ist die Sorge von denen, die schon genug von Sorge und Ängste haben. Viel zu viele haben schon viel zu lange keine Arbeit, und es ist ja nicht nur das wenige Geld, sondern es sind die Möglichkeiten des Lebens, die dadurch so eingegrenzt werden. Und das ist genauso schlimm oder noch schlimmer. Das Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden, an den Rand geschoben zu sein und nicht mehr dazu zu gehören. Manche treibt es in Verzweiflung, Partnerschaften brechen auseinander, Kinder wachsen im Mangel auf und ohne Fürsorge, weil die eigene Sorge zu groß ist. In unserer Finower Kirchengemeinde, speziell im Brandenburgischen Viertel gibt es besonders viele Betroffene. So sind 50 Prozent der Eltern in der Kita Arche Noah ohne Arbeit. Das ist ein Skandal. Das ist ein Alarmzeichen. Viele können das Essengeld und die Kitagebühren nicht zahlen. Tun sie es aber nicht, dann sind die Arbeitsplätze der Kita-Mitarbeiterinnen gefährdet. Ein verhängnisvoller Teufelskreis.



Dazu kommt die Abwanderung der jungen Leute in den Westen, was man keinem verübeln kann, wenn er hier keine Arbeit findet. Viele Familien, das weiß ich, sind auch hier in diesem Ort davon betroffen. Das Hartz IV-Gesetz geht eindeutig in die falsche Richtung, denn es trifft die, die schon die Betroffenen sind. Es müssen alle, und ich betone alle, an diesem Verzicht von Lohn beteiligt sein. Es müssen alle wenigstens einigermaßen leben können, über den Grenzen des Zumutbaren.

Solch ein Gesetz gibt es nicht, es wäre aber nötig. Denn es gibt kein grenzenloses Wirtschaftswachstum. Das ist ein Märchen. Die Grenzen des Wachstums sind aus meiner Sicht schon längst erreicht. Es ist ein radikales Umdenken nötig, das verbunden ist mit dem Willen derer, die Arbeit haben, auf einen geringen Prozentsatz verzichten. Zwei Prozent, das wäre schon viel, damit könnte eine ganze Menge Arbeitsplätze geschaffen werden. Aber dafür fehlt offenbar der politische Wille. Verzicht ist für alle ein Fremdwort. Aber genau diesen Verzicht derer, die Arbeit haben, brauchen wir, damit wir die Arbeitsplätze finanzieren können.

Sucht Euch doch Arbeit, wenn's gar keine Arbeitsplätze gibt. Es ist schon schizophoren,

wenn die einen sich in einem 14-Stunden-Tag kaputt machen und den anderen die Decke auf den Kopf fällt, weil sie schon viel zu lange zu Hause und ohne bezahlte Arbeit sind.

Ich habe in der Clara-Zetkin-Siedlung ein sehr interessantes PDS-Plakat entdeckt, darauf steht: Einer trage des anderen Last. Ich möchte Sie nicht im Unklaren lassen, woher dieser Satz stammt, denn er ist geklaut. Er steht nämlich in der Bibel und er bedarf der Ergänzung. Er lautet: Einer trage des anderen Last, so werdet ihr das Gesetz Christi erfüllen. Es ist ein zutiefst christlicher und auch zutiefst sozialer Satz, denn er heißt nichts anderes als dies:

Nur im gegenseitigen nationalen, sowohl im wirtschaftlichen als auch im sozialen und als auch im engen familiären Kreis und Bereich wird es gelingen, die krasse soziale Schieflage, die sich uns hier im Osten Deutschlands in besonderer Weise in Angst und Wut und Ohnmacht zeigt, zu begradigen.

Die Vielzahl der Bürger hier auf dem Marktplatz bestätigt, daß es viel Angst, Ohnmacht und Wut gibt. Ich bin nicht zwingend ein PDS-Sympathisant und wage zu bezweifeln, daß sie, wenn sie an der Regierung wäre, plötzlich bessere politische Konzepte hätte, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Aber ich bin andererseits überzeugt, Hartz IV treibt die heute schon vorhandenen Entsolidarisierung weiter voran. Da stimme ich mit dieser Partei überein. Das ist verhängnisvoll für den sozialen Frieden...

Miteinander reden, sich gut informieren lassen, ohne wahltaktisches Geplänkel, das wäre ein erster wichtiger Schritt. Demonstrieren ist wichtig, aber es reicht nicht aus.

Ich möchte mit einer kleinen Geschichte schließen, die sehr mit dem Satz, einer trage des anderen Last zu tun hat. sie ist überschrieben mit dem Titel, »Wie man im Himmel und in der Hölle miteinander ißt«:

Ein Mensch wird von einem anderen Menschen in einen Raum geführt. In diesem Raum gibt es viele Personen und eine Suppenschüssel, sie alle halten ganz flache Löffel in der Hand und versuchen verzweifelt diese zum Mund zu führen, aber es gelingt ihnen nicht. Sie alle sehen furchtbar abgemagert aus. Sie sind kurz vorm Verhungern. Was ist das für ein Raum, fragt der eine den anderen? Dieser antwortet: das ist die Hölle.

Dann führt er ihn in einen zweiten Raum. Auch hier sitzen viele Personen um eine Suppenschüssel. Sie haben alle sehr, sehr lange Löffel in der Hand, unmöglich damit den Mund zu erreichen. Aber sie sehen merkwürdigerweise alle sehr wohlgenährt aus. Denn sie benutzen die Löffel, um sich damit gegenseitig zu füttern. Das, sagt der Begleiter, wäre der Himmel.

Das ist es, was ich sagen möchte. Dem ist meinerseits nichts hinzuzufügen.

Hartz IV Gesetz im Feuer

Eberswalde (bbp). Die zweite Montagsdemonstration in Eberswalde endete am Abend des 30. August mit einer Abschlußkundgebung auf der Kreuzung am Karl-Marx-Platz. Unter dem Beifall der Demonstranten gab es eine symbolische Verbrennung der Hartz IV Gesetze:

»Hartz IV ist ein vielseitiges Gesetzeswerk. Es hat aber folgende unakzeptable Seiten, die wir heute symbolisch den Flammen übergeben: Hartz IV ist unsozial. Es ist die Fortsetzung der Umverteilung von unten nach oben. Milliarden Einsparungen bei den Bedürftigen und Schwachen durch Beschneidung der Leistungen – dafür Steuerentlastungen für die Reichen. Hartz IV spaltet die Gesellschaft. Es vertieft die Spaltung von oben und unten, von Arm und Reich, und von Ost und West. Hartz IV diskriminiert die Betroffenen, macht sie zu Bittstellern und Rechtlosen. Hartz IV bedeutet Arbeitszwang. Arbeit ohne Lohn, ohne jeglichen rechtlichen Schutz, unter Androhung des Entzugs der Lebensgrundlage im Falle des Widerspruch.



Hartz IV verletzt die Verfassung und wird vor dem Verfassungsgericht landen. Hartz IV ist eine große Lüge, die nur die wahren Absichten verdecken soll. Hartz IV ist nicht die Lösung eines Problems sondern schafft neue und noch größere Probleme. Hartz IV wird sich, wenn das Gesetz nicht noch zurückgenommen wird, hinsichtlich der versprochenen Wirkungen in Rauch auflösen.

Für Arbeit statt Sozialabbau

Des DGB Uckermark/Barnim zu den Montagsaktionen in der Region am 30. August

Statt Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird der Druck auf Erwerbslose und damit auf alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhöht. Statt Ausbau Sozialer Sicherung betreiben Regierung und Opposition deren Abbau.

Hartz IV bedeutet in weiten Teilen die soziale Deklassierung von Menschen und ist für Hunderttausende ein Verarmungsprogramm. Die Verschärfung der Zumutbarkeit untergräbt tarifvertragliche Regelungen. Die »Reformpläne« der Bundesregierung sind ein massiver Angriff auf den Sozialstaat, der die Reichen reicher und die Armen ärmer macht.

Wir widersprechen, daß diese Politik alternativlos sei. Geld ist genug da, es muß nur gerecht verteilt werden:

Wir fordern :

- Rücknahme der Leistungskürzung bei Langzeitarbeitslosen
- Rücknahme der Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen für Langzeitarbeitslose
- Rücknahme der Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes
- Rücknahme der erhöhten Anrechnung des Partnereinkommens
- Mehr Arbeitsplätze durch öffentliche Investitionen statt immer weniger Arbeitsplätze durch immer längere Arbeitszeiten
- Einkommen, die zum Leben reichen statt Niedriglöhne
- Mehr Investitionen und soziale Chancengleichheit bei Bildung und Ausbildung
- Ein gerechtes und einfaches Steuersystem mit einer Vermögens- und Erbschaftssteuer, die große Vermögen angemessen an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligt

· Eine soziale Bürgerversicherung statt Praxisgebühr und Zuzahlung: Wer mehr verdient soll höhere Beiträge zahlen. Der Arbeitgeber beteiligt sich mit der Hälfte an der Bürgerversicherung.

· Auskömmliche Renten in einer solidarischen gesetzlichen Alterssicherung

Wir brauchen mehr umweltverträgliches Wachstum, mehr Beschäftigung, mehr Chancengleichheit und mehr sozialen Zusammenhalt. Sozialabbau und Abbau von Arbeitnehmerrechten sind der falsche Weg und führen zu mehr sozialer Ungerechtigkeit, verschärfen die wirtschaftlichen Probleme, statt sie zu lösen.

Dafür treten wir gemeinsam mit Menschen aus Kirchen, Sozialverbänden und Bewegungen bei den Montagsaktionen in unserer Region ein.

ANDREAS SULT,
DGB Region Uckermark/Barnim

Sozial unausgewogen

Der Kreisvorstand Barnim der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft stellt fest, daß die Regelungen des sogenannten Hartz-IV-Gesetzes zum Teil sozial unausgewogen und in manchen Teilen unklar und verbesserungsbedürftig sind. Besonders kritisch sehen wir die Zumutbarkeitsregelungen bei der Arbeitsvermittlung, die Fragen der Anrechenbarkeit von Vorsorgeaufwendungen und die Regelungen im Erbschaftsfall. Wir fordern daher die Aussetzung und Überarbeitung des Gesetzes und unterstützen die Proteste gegen seine Umsetzung in der jetzigen Form.

BRIGITTE KÖHNKE, GEW-Kreisvorsitzende

ver.di-Bezirk Uckermark/Barnim:

Arbeitslosengeld II

Im Arbeitsagenturbezirk Eberswalde befinden sich seit dem 19. Juli dieses Jahres ca. 30.000 Arbeitslose in einem komplizierten und teilweise sehr persönlichkeitsentwürdigenden Antragsverfahren zur Prüfung der Inanspruchnahme von Leistungen des Arbeitslosengeldes II ab dem 1.1.2005. Diesbezüglich fordern wir vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und der Bundesagentur für Arbeit alle notwendigen Rechtsverordnungen und Durchführungsbestimmungen umgehend zu erlassen, um endlich für die Betroffenen Klarheit zu schaffen. Die täglich stattfindenden medialen Verunsicherungen führen zu vermehrtem Frust bei den Betroffenen.

Den Wahlkreisabgeordneten des Deutschen Bundestages aus unserer Region, Frau Petra Bierwirth (SPD) und Herrn Markus Meckel (SPD) bitten wir, im Interesse ihrer Wählerinnen und Wähler zu prüfen, ob die Hartz-Gesetze die geeigneten Instrumentarien sind, existenzsichernde Arbeitsplätze, insbesondere im ersten Arbeitsmarkt zu schaffen. Die aktuelle Arbeitsmarktstatistik des Arbeitsagenturbezirkes Eberswalde mit einer Arbeitslosenquote von 21,1 % und ca. 30 Bewerber/innen für eine offene Stelle sprechen eine deutliche Sprache. Aus diesem Grunde halten wir die gesetzlich verankerte weitere Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen für völlig unangebracht.

Von den am 19. September 2004 neu zu wählenden Abgeordneten des Brandenburger Landtages fordern wir, daß sie ein sinnvolles und existenzsicherndes Beschäftigungsprogramm für Langzeitarbeitslose, insbesondere den zukünftigen ALG II-Beziehern, beschließen.

Den Abgeordneten der Kreistage Barnim und Uckermark empfehlen wir, den notwendigen Beschluß zu fassen, der die inhaltlichen, personellen und finanziellen Voraussetzungen zur Einrichtung der Job-Center schafft. Die bereits vorhandenen fachlichen und sozialen Kompetenzen des Arbeitsagenturbezirkes Eberswalde mit seinen Geschäftstellen und den Sozialämtern der Kreisverwaltungen sind dabei unbedingt zu nutzen.

Job-Center, die zukünftig Arbeitsmöglichkeiten für 1 bis 2 Euro/Stunde anbieten und fehlende Ausbildungsplätze für Jugendliche kompensieren sollen, lehnen wir entschieden ab, weil sie Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt, insbesondere in der öffentlichen Daseinsvorsorge aber auch in klein- und mittelständischen Unternehmen zerstören, Armut und Existenzängste schaffen und den sozialen Frieden in der Gesellschaft gefährden.

Wir rufen unsere Mitglieder auf, sich zahlreich an den örtlichen, regionalen und überregionalen Protesten gegen die Reformagenda 2010, insbesondere zu Hartz IV, zu beteiligen.

GERHARD WITT, ver.di-Bezirksvorsitzender
MARIANNE WENDT, komm. Geschäftsführerin

Fragen an Platzeck

Müntefering sagt: »Wir (die SPD und die Bundesregierung) lehnen eine Änderung von Hartz IV konsequent ab.« Er sei aber bereit, mit Demonstranten zu reden, aber nur in kleinen Gruppen. Wir sagen: Wir brauchen über Details nicht zu reden. Wir lehnen Hartz IV im Ganzen konsequent ab.

Die Bundesregierung sagt in Ihrem Ganzseitigen Inserat: »Menschen schneller in Arbeit zu bringen, ist unser oberstes Ziel«. Die Fernsehsendung »Klipp und Klar – Unterwegs in Eberswalde« am 24.08.04 hat gezeigt: Hartz IV schafft keine Arbeitsplätze. Warum hält die Bundesregierung an Hartz IV fest, wenn das Ziel nicht erreichbar ist? Es bleiben nur die Einschnitte für die sozial Schwachen.

Herr Müntefering bricht sich fast die Zunge ab, um nicht mehr von Hartz IV zu reden und spricht vom »Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt«. Dieser Name trifft aber auch nicht das Wesen der Sache. Am besten wir nennen dieses Gesetz das Sozialraub-Gesetz.

Ministerpräsident Platzeck ist am 1. September um 19 Uhr hier auf dem Marktplatz zu einer Wahlveranstaltung. Da liegt die Überlegung nahe, ob »Eberswalder Montagsdemo« aufrufen sollte, zu dieser Veranstaltung zu gehen, um zu protestieren. Wir werden dazu nicht aufrufen. Soll Herr Platzeck seine Wahlveranstaltung durchziehen. Er sollte aber folgende Fragen beantworten:

Die Landesregierung hat dem HartzIV-Gesetz im Vermittlungsausschuß im Dezember 2003 zugestimmt. Erst das Ausführungsgesetz zu Hartz IV hat Brandenburg im Juli abgelehnt. Jetzt fordern sie weitere Nachbesserungen. Sind bei Ihnen neue Einsichten gereift oder ist dies Wahltaktik?

Inzwischen pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß Hartz IV keine Arbeitsplätze schafft und die Arbeitslosenzahlen nicht senken werden (es sei denn statistisch). Was bleibt dann von der sogenannten Arbeitsmarktreform außer Leistungsminderungen, Arbeitszwang und Diskriminierung der Betroffenen?

Sie behaupten, es gäbe zu diesem Sozialraub keine Alternative? Hartz IV ergab sich aus der bewußten Abwägung, ob man der Wirtschaft die Steuermillionen in den Hintern bläst oder die Sozialleistungen finanziert. Die von ihrer Partei geführte Bundesregierung hat sich für die Steuergeschenke und damit gegen die sozial Schwachen entschieden.

ALBRECHT TRILLER am 30. August 2004

Information zum ALG II

Eberswalde (cz). Seit August bieten ver.di und die »Akademie 2. Lebenshälfte« Informationsgespräche (keine rechtliche Beratung) in Eberswalde an. Der Landtagsabgeordnete Heinz Dobberstein (PDS) stellt dafür jeweils mittwochs von 14 bis 16 Uhr sein Bürgerbüro in der Eisenbahnstr. 48 zur Verfügung.

DDR-Bürgerbewegte gegen Hartz IV

Wir sind einverstanden mit der Wiederbelebung der Montagsdemonstrationen. Es ging und geht um Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Mündigkeit, Menschenwürde und Freiheit.

Verhältnisse, in denen der Mensch nur verstaatlichtes Objekt einer politischen Partei wie der SED, oder für Siemens, Daimler und Co. ein lästiger Kostenfaktor und armseliger Bittsteller ist, müssen bekämpft werden.

Wir wehren uns gegen Zwangsarbeit, gegen die Aufhebung des Datenschutzes, gegen Ver-

armung und Obdachlosigkeit in einem der reichsten Länder der Welt.

Wir setzen auf Widerstand in Ost und West bei Arbeitslosen und Arbeitenden, bei selbständig und abhängig Beschäftigten.

Stemmen wir uns gemeinsam gegen die Flutwelle der Raffgier, gegen Scheidemokratie und Menschenverachtung.

Erklärung von 59 Angehörigen
ehemaliger DDR-Oppositionsgruppen

Unterschriftensammlung

Am Rande der Montagsdemos wurden Unterschriften gegen Hartz IV gesammelt. Auf der Unterschriftenliste heißt es: »Hartz IV schafft Armut, aber keine Arbeitsplätze. Mit diesem Gesetz, sowie mit der ganzen Agenda 2010, wird der Sozialabbau fortgesetzt und die Bundesrepublik Deutschland als Sozialstaat demontiert. Wir fordern mit unserer Unterschrift die Verschiebung des Inkrafttretens des Gesetzes als ersten Schritt zu seiner vollständigen Rücknahme.« In weniger als einer Stunde unterschrieben am 23.8. 705 Demonstranten die Liste, am 30.8 kamen nochmals 230 Unterschriften hinzu. Die Unterschriftenlisten wurden an den Petitionsausschuß des Bundestages gesandt.



Bürgerversammlung zu Hartz IV

Finow (at/bbp). Nicht erst durch die aktuellen Proteste animiert, führten der Finower Ortsbürgermeister Albrecht Triller, Pfarrer Martin Appel und Betroffenenvertreter am 26. August in der Feuerwache Finow eine Bürgerversammlung zum Thema Hartz IV durch. Um den Bürgerinnen und Bürgern eine Hilfe für ihre Entscheidung bei der Landtagswahl zu geben, hatten die Veranstalter die Landtagskandidaten der Allianz Freier Wähler (AFW), CDU, B90/Grüne, FDP, PDS, und SPD eingeladen.

Doch nur Johannes Madeja (AFW) und Margitta Mächtig (PDS) erschienen persönlich, die bündnisgrüne Kandidatin Ute Leichenring rief zwei Stunden nach Ende der Versammlung an: sie habe die Uhrzeit verwechselt. Thomas Lunacek (CDU) meldete sich vorab schriftlich zu Wort: »Die Zusammenlegung der beiden steuerfinanzierten Systeme, Arbeitslosen- und Sozialhilfe«, so Lunacek, »ist grundsätzlich ein Schritt in die richtige Richtung... Der zentrale Gedanke von Hartz IV sollte das Prinzip des Forderns und Förderns sein. Doch gerade beim Fördern versagt die Bundesregierung. Deshalb haben alle neuen Bundesländer Hartz IV im Bundesrat die Zustimmung verweigert. Hartz IV löst das entscheidende Problem in den neuen Ländern nicht. Der entscheidende Punkt ist die strukturelle Arbeitslosigkeit. Es geht nicht darum, daß sich die Menschen der Arbeit verweigern, son-

dern daß sie in der Regel einfach keine Arbeit finden.«

Die Kandidatin der FDP, Barbara Ehm, fehlte ohne Angabe von Gründen. SPD-Kandidat Peter Kikow ließ sein Wahlkampfbüro zwei Stunden vor Beginn der Versammlung per Fax seine Absage mitteilen, als die Veranstalter schon auf dem Weg zur Versammlung waren. Das Wahlteam begründete die Absage mit dem Auftreten von Albrecht Triller auf der Montagsdemo am 23. August (Seite 7). Warum Kikow auch den anderen Miteinladern nicht folgen wollte, wurde nicht ausgeführt. Die Versammlungsteilnehmer werteten das Fehlen der Kandidaten als mangelndes Interesse am Thema und der Furcht vor Konfrontation.

Da die Kandidaten von AFW und PDS Hartz IV strikt ablehnen, fehlten im Podium die Gegenpole, die für einen Meinungsstreit der politischen Kontrahenten notwendig sind. In diesen Part geriet so Frau Fuchs von der Agentur für Arbeit, die als Vertreterin der Ausführungsbehörde der Einladung gefolgt war. Es war nicht zu vermeiden, daß mit den gestellten Fragen auch der Frust über die unsozialen Regelungen von Hartz IV deutlich wurde. Gesprächsleiter Martin Appel leitete die Diskussion aber einfühlsam und sachlich und verhinderte, daß der Zorn die Falschen trifft. So konnte Frau Fuchs eine ganze Reihe konkreter Detailfragen beantworten.

SPD-Kreistagsfraktionsvorsitzender J. Tonndorf in der Kritik:

»Assoziationen mit SED-Bonzen«

Eberswalde (bbp). 1000 Euro Schmerzensgeld erstritt sich der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Kreistag Barnim Joachim Tonndorf vor dem Frankfurter Landgericht von dem Zepernickler Landschaftsplaner i.R. Wolfmar Messlin, weil dieser »im Kommunalwahlkampf 2003 per Flugblatt unwahre Behauptungen aufgestellt hatte« (MOZ, 27.8.2004).

Das sieht Messlin verständlicherweise ganz anders. Am 25. August stand er vor dem Eberswalder Kreishaus und machte den zur Kreistagsitzung strömenden Abgeordneten und Gästen mittels Plakaten und Handzetteln klar, was er von Tonndorf hält.

Zu seiner Aktion sagte Wolfmar Messlin gegenüber der Barnimer Bürgerpost: »Als Beobachter und Betroffener der Zepernickler Kommunalpolitik habe ich in nur zwei Jahren, von Frühjahr 2002 bis Herbst 2003, live erlebt, wie verheerend und nachhaltig die Wirkung eines einzelnen 'starken' Mannes der führenden SPD im Verbund mit der langjährigen ehrenamtlichen Bürgermeisterin, einer willfähigen PDS-Alt männer-Riege und einer kaum in Erscheinung tretenden CDU sein kann«.

Er selbst habe mit der SPD und der parlamentarischen Arbeit im Übergangsparlament des Ostberliner Roten Rathauses 1990 ausnahmslos positive Erfahrungen gemacht. »Deshalb war der Szenen-Wechsel ins angrenzende Brandenburg schockierend.« Die Zeper-

nicker SPD werde von Joachim Tonndorf dominiert. Die SPD-Bürgermeisterin Britta Stark sitzt seit der Berufung von Manfred Stolpe zum Bundesminister als dessen Nachfolgerin im Landtag. Messlin sah sich enttäuscht, weil Britta Stark »den Tonndorf offensichtlich immer 'stark' fand und dessen offensichtliche SED-Manieren und dessen Verständnis von Bürgerdemokratie niemals unakzeptabel«. Vielmehr habe die Frau in entscheidenden Sitzungen »den Tonndorf« erst durchgesetzt.

»Auf diese Weise habe ich einen Herrn Tonndorf erlebt, der sich – wo immer die Möglichkeit war, gründlich daneben benommen hat. Ergänzt durch die Erfahrungen anderer habe ich seine Auftritte, die meist unweigerlich Assoziationen mit SED-Bonzen verursachten, dazu verwandt, meinen Frust anlässlich der Wahl 2003 in einer Art 'traurigen Satire' von der Seele zu schreiben. Dies alles mag auch subjektiv, überzeichnet, parteipolitisch 'überfrachtet' scheinen; das objektive Geschehen vor Ort spricht noch eine deutlichere Sprache, nunmehr unter dem neuen Bürgermeister. Kungelei, Lobbyismus, brutalstmöglicher Straßenbau, das Negieren von Natur- und Denkmalschutz, verschleuderte Fördergelder sind an der Tagesordnung.«

Joachim Tonndorff ließ am 25. August die Polizei kommen und erstattete Anzeige wegen Verleumdung.

Ikarus beim Startversuch

Unter der Federführung des Flugplatzbetreibers Tower Finow GmbH haben sich diverse Flugplatzgesellschaften zusammengeschlossen, um ein europäisches Netzwerk regionaler Flugplätze zu kreieren. Kleiner geht's nicht. Der Sonne entgegen. »Wir sind uns sicher, daß Finow in absehbarer Zeit blühen wird« zitiert die MOZ den Landesvertreter Enneper, seines Zeichens Referatsleiter für die Planung des Flughafens Schönefeld. Er sieht den Flugplatz Finow in der Rangfolge der Regionalflughäfen gleich hinter dem Flughafen Schönefeld.

Das Interesse an der Gründungsveranstaltung war groß. Die Wirtschafts- und Verkehrszentrum Finow GmbH verbreitete eine Rückmeldungsliste mit den Namen all derer, die zur Gründungsveranstaltung kommen wollten.

Am Ende der Einladung zur Gründungsveranstaltung heißt es: »Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie durch Ihre persönliche Teilnahme an unserer Veranstaltung ein Bekenntnis zum Ausbau des Regionalflughafens Eberswalde-Finow abgeben.« Der Teilnehmerrückmeldung zufolge gibt es einen parteiübergreifenden Konsens für den Ausbau des Flugplatzes Finow. Nach der Anzahl der Teilnahmezusagen liegt die PDS (mit 6!) unter den Parteien bei der Befürwortung klar vorn.

Was bedeutet die sich abzeichnende Entwicklung für die Finower Bürger? Die Pläne zur Entwicklung eines Regionalflughafens werden ohne die betroffenen Bürger gemacht. Weder die Genehmigung für den zivilen Flugplatz Finow 1995 noch die Entscheidung über die Beibehaltung eines Bauschutzbereiches, wie er für einen Flughafen erforderlich ist, war mit einer Bürgerbeteiligung verbunden. Entsprechende Klagen sind seit Jahren anhängig, aber noch nicht entschieden.

Die Betroffenheit einer »relativ geringen« Zahl von Anwohnern wird unter den Tisch gekehrt nach dem Motto: Demokratie ist, wenn sich die Minderheit der Mehrheit zu fügen hat. Vergessen, daß sich eine Demokratie gerade im Schutz der Rechte der Minderheiten erweist. Die Betroffenen sollen der neuen Mär von blühenden Landschaften in Finow und den angeblich zu erwartenden Arbeitsplätzen geopfert werden. Ohne Nachweis des volkswirtschaftlichen Bedarfs und entgegen entsprechenden Gutachten soll ein Flughafen gesetzwidrig als Angebot der Infrastruktur installiert werden. Zur Umgehung einer unverzichtbaren Bürgerbeteiligung wird versucht mit einer Samalitaktik die Flugplatzgenehmigung schrittweise auszudehnen. Wenn die Landesregierung neben Schönefeld noch Platz für den Finower Flugplatz sieht, dann mit großer Wahrscheinlichkeit den eines Frachtflughafens mit besonderer Eignung für den Nachtflug. Und vielleicht möchte das Land in Finow auch noch eine Reserve für einen Militärflughafen offen halten. Dem müssen die betroffenen Bürger den gemeinsamen Widerstand entgegensetzen.

ALBRECHT TRILLER

Probleme in Eberswalde:

Anti-Graffiti-Arbeitskreis gegründet

Eberswalde (bbp). »Gemeinsames und koordiniertes Vorgehen gegen zunehmende Verunstaltung durch Graffiti«, heißt es in einer Pressemitteilung der Eberswalder Stadtverwaltung, »ist das Ziel eines kürzlich ins Leben gerufenen Arbeitskreises aller Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung, der Strafverfolgungsbehörden, Nahverkehrs- und Wohnungsbauunternehmen, Haus- und Grundbesitzerverein sowie der Maler- und Lackierereinnungen«. Zahlen von Polizei und Bundesgrenzschutz aus dem ersten Halbjahr 2004 ließen eine Verdopplung gegenüber der im Jahre 2003 registrierten Sachbeschädigungen befürchten, heißt es. Damit war die Legitimität gegeben, mit diesem aufgrund eines CDU-Vorstoßes ins Leben gerufenen Arbeitskreises ein »koordiniertes Vorgehen gegen dieses Phänomen« zu verabreden. Im Rahmen einer langfristigen Ordnungspartnerschaft soll zunächst die Vorgehensweise andere Städte ausgewertet werden, um über die für Eberswalde infrage kommenden Ansätze zu entscheiden.

»Die besten - weil dauerhaften - Erfolge sind zu erwarten, wenn die Schmierereien ganz

kurzfristig wieder entfernt werden«, so der Vertreter des Malerhandwerks, Innungsobmeister Jensch aus Freienwalde. Die Innungsbetriebe seien zu einer Zusammenarbeit bereit. Nicht nur wegen der damit verbundenen Aufträge, sondern weil man hier »auf hervorragende Beispiele anderer Städte verweisen« kann. Ziel der Sprayer bzw. Schmierer sei es, sich mit ihren Werken möglichst dauerhaft darzustellen. Dieser Erfolg werde zunichte gemacht, wenn das Malerhandwerk die Graffiti kurzfristig beseitige.

Öffentlichkeitsarbeit, Beratung für Hauseigentümer und Bauherren, geschäftsfördernde Pauschalpreise der Malerbetriebe, aber auch juristisches Vorgehen gegen eine nicht geringe Zahl bekannter Straftäter waren Stichworte, die in dem ersten Treffen der Fachleute fielen. Umstritten sei hingegen gewesen, ob das Bereitstellen von Flächen für ein legales Sprayen hilft, illegales Tun zu verhindern. Jugendliche oder Sozialarbeiter, die über unmittelbare Kontakte zur Sprayerszene verfügen, waren vom Bürgermeister nicht zu diesem Arbeitskreis eingeladen worden.

Volkvertreter, Parlamentarier also, sollen nur die Besten sein, so tönte es zu Zeiten des Unrechtregimes von den alten Herren des Politbüros zu jeder passenden und unpassenden Gelegenheit. Das war natürlich Unfug, konnte gar nicht stimmen, denn ein gewisser Teil dieser angeblich »Besten«, insbesondere die nach heutiger Lesart »Prominenten« unter ihnen, wurde, nachdem das Regime dann endlich beseitigt war und die ehemaligen »Brüder und Schwestern aus dem Osten« auch der Segnungen der im Grundgesetz festgeschriebenen Freiheitlichen Grundordnung teilhaftig werden durften, nach ordentlichem Recht und Gesetz verurteilt. Einem von diesen »Besten« wurde sogar das eingereichte Gnadengesuch abgelehnt. Er mußte halt noch länger einsitzen, der Herr Krenz. So unbequem kann das übrigens nicht sein, wenn man alle paar Tage Freigang hat, sprich mehrmals wöchentlich die Familie besuchen kann.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, zumindest aber die der alten Bundesländer stellt aber doch wohl mindestens so hohe Anforderungen an Parlamentarier wie ehemals die Politbüro-Mitglieder in der DDR? Ganz bestimmt und eher höhere, da bin ich mir ziemlich sicher.

Was den »Normalverbraucher«, den nicht mehr ganz jungen, taufrischen ehemaligen »Ossi« wie ich einer bin, wundert, ist, die Damen und Herren Parlamentarier kommen mit so vielen Widersprüchen zurecht. Die meisten davon haben sie wohl selbst generiert, indem sie sie irgendetwann im Bundestag und/oder in der Länderkammer beschlossen haben. Daß die Damen und Herren Abgeordneten – immerhin sind ja darunter so bedeutende Persönlichkeiten wie ehemalige Bundeskanzler, amtierende Ministerpräsidenten und ähnliche Koryphäen – neben Lehrern und Rechtsanwälten, das gar nicht bemerken, stimmt mich doch etwas bedenklich. Meine Stimmungen und Eindrücke, das will ich nur gleich gestehen, müssen aber keineswegs richtig sein. Zwar bemühe ich mich nun schon fast vierzehn Jahre, ein mündiger Staatsbürger zu werden, doch Bemühung allein reicht offenbar nicht aus. Mein Zustand ist vergleichbar jenem den – nach der Schilderung des deutschen Klassikers – der Herr Faust ziemlich zu Beginn des berühmten Theaterstückes verspürte und artikuliert.

Oh, ich merke schon, die Zwischenrufer können kaum mehr an sich halten. Was der alte OSSI nur immer an unserer schönen, demokratischen, freiheitlichen Grundordnung herumzumäkeln hat. Am Ende will er das Unrechtregime wieder haben? Nein, ganz gewiß nicht. Er möchte sich nur gern belehren lassen, möchte sich in seinem Bestreben, ein mündiger Staatsbürger zu werden, ein wenig unterstützt sehen, möchte endlich damit vorankommen. Doch vielleicht ist es gar nicht erstrebenswert, ein mündiger Staatsbürger zu werden? Man kann sich nicht erinnern, daß in den

Unklarheiten eines Eleven

von Dr. A. Molitor

letzten Jahren ein Politiker diese Bezeichnung gebraucht hätte. Die Parlamentarier werden doch nicht, ganz gegen ihre sonstige Gewohnheit, ohne viel Brimborium das Grundgesetz...

Das nun kann sich der Fernsehzuschauer denn doch nicht vorstellen. Was einen, der sich bemüht, so ab und zu (in letzter Zeit zunehmend häufiger) irritiert, sind Mitteilungen in der Tagesschau oder in den ZDF-Nachrichten wie die folgenden: Die EU-Kommission fördert, heißt also im Klartext »subventioniert« in ihrem Verantwortungsbereich den Tabakanbau mit einer Milliarde Euro. Das hören die Tabakanbauer im Oderbruch und anderswo sicher gern. Bestimmt wäre es ihnen recht, würden sie noch mehr gefördert. Beim Stichwort Tabak fällt dem Fernsehzuschauer der Text auf seiner Zigarettenschachtel ein. »Rauchen kann tödlich sein«, heißt es da lakonisch. Und darunter, nicht ganz so plakativ, »Die EU-Gesundheitsminister«.

Da fragt sich der Staatsbürger-Eleve doch, konnten sich die Damen und Herren in Brüssel nicht einigen? Oder gibt die EU-Kommission eine runde Milliarde aus, um den Tod von 20 Millionen Bürgern (Männer, Frauen und Kinder) oder zumindest eines Teils davon allein in Deutschland herbeizuführen? Das kann der Eleve nicht glauben. Das hieße ja fast, die EU-Kommissare wären nicht viel besser als der ehemalige irakische Diktator Saddam Hussein. Der arglose Zuschauer fragt sich weiter, ob die Deutsche Regierung gar nichts gegen die Subventionierung des Tabakanbaus tun kann?

Doch er hat diese Möglichkeit noch nicht zuende gedacht, da flattert ihm eine andere Meldung auf den Tisch. Die deutsche Regierung sei die einzige in der EU (oder in Europa?), die sich sträube, gegen Zigarettenreklame vorzugehen. Das will nun nicht in des Zuschauers Kopf. Die eigene Regierung ist sich offensichtlich nicht einig. Mit Ausnahme der Gesundheitsministerin sind die anderen Minister, mindestens aber der Herr Minister Eichel für den möglichen Tod von ca. 20 Millionen Deutschen, zumindest sind sie nicht dagegen. Wie sonst soll man den Zusammenhang zwischen der Aufschrift auf der Schachtel und des Ministers Duldung des Rauchens einerseits und der Milliarde Euro der EU-Kommission andererseits deuten?

Die Gesundheitsministerin wenigstens muß gegen das Rauchen sein, da ist sich der Eleve fast sicher. Er erinnert sich an eines von den offenbar sehr beliebten Streitgesprächen im Fernsehen zur Gesundheitsreform. In dessen Verlauf wies jemand auf die nicht unerheblichen Einnahmen des Herrn Finanzministers aus der Tabaksteuer hin. Die Gesundheitsministerin konterte aber kühl (oder heißt es neudeutsch eher cool?) mit dem Hinweis auf die

Kosten, die im Gesundheitswesen für die Gesunderhaltung von Rauchern anfielen. Diese Kosten seien erheblich höher als die Einkünfte des Herrn Eichel aus der Tabaksteuer.

Übrigens, in dem Gespräch blieb offen, wofür der Herr Finanzminister Eichel die Milliarden aus der Tabaksteuer einsetzt. Etwas später am Abend wird dem Zuschauer klar, warum Herr Minister Eichel so duldsam ist. In den ARTE-Nachrichten hört er, Herr Eichel habe Einnahmen aus der »Tabaksteuer« in Milliardenhöhe. In diesen Nachrichten wurde auch mitgeteilt, ein Viertel der deutschen Bevölkerung sei Raucher, die meisten »Neuzugänge« seien durchschnittlich 13 1/2 Jahre alt.

Eichels Einnahmen aus der Tabaksteuer wurden mit 12 Milliarden Euro beziffert. Wie er noch so versucht, diese sonderbaren Zusammenhänge geistig zu ordnen und zu »verdauen«, fällt dem Eleven zufällig noch eine Fernseh-Nachrichten-Meldung ein. Natürlich, der Herr Innenminister Schily sprach doch im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Terrorismus von Schutzmaßnahmen, die erforderlich seien und die nicht zum »Nulltarif« zu haben wären. Zu ärgerlich, jetzt fällt ihm nicht ein, wer den Zusammenhang zwischen Erhöhung des Zigarettenpreises und den notwendigen Sicherheitsmaßnahmen herstellte. Das mag der Sprecher der Tagesschau-Nachrichten gewesen sein. Doch viel scheint die Preiserhöhung für eine Schachtel Zigaretten (Inhalt 18 Stck.) noch nicht zu bringen. Das wird einem sogleich plausibel, wenn man die 0,03041 Euro Preiserhöhung pro Zigarette mit den 20 Millionen Rauchern multipliziert. Das ergibt täglich, unter der Voraussetzung, jeder Raucher gefährdet seine Mitmenschen mit nur einer Zigarette, lediglich 608.187,13 Euro. Allerdings kann ich mir nur ganz, ganz wenige Raucher, wenn sie denn solche Bezeichnung verdienen, beim Gefährden so bescheiden vorstellen. Jedenfalls bringen die 40 Cent je Schachtel ganz offensichtlich noch längst nicht genug an Sicherheit, denn kurze Zeit später verlautete im Fernsehen, über den Flughafen München könne man – sofern man den richtigen Flugsteig benutze – sogar Panzer-Minen aus dem Ausland mitbringen. Auf eine Rückfrage bei den Chefs des BGS erklärten diese, dafür sei man nicht zuständig, man müsse sich schließlich auf die Kollegen an den Abflughäfen verlassen können. »Wenn der Topf aber nun ein Loch hat...«

Aber klar, das muß auch dem letzten, denkfaulsten Analphabeten einleuchten. Was diese geplagte rot-grüne Regierung alles reformieren und bezahlen soll und dabei ist ja wahrlich nichts zum Nulltarif zu haben. Dabei hatte man doch eigentlich die Regierungsmehrheit nur angestrebt, weil »Regieren Spaß macht«.

Bildungskonferenz der PDS:

»Finnische Inseln in Brandenburg«

Ein Film gleich am Anfang, das ist schon ein recht ungewöhnlicher Konferenzaufakt. »Dieser Film hat die Gabe, uns etwas zu verzaubern«, versprach Gerrit Große, die bildungspolitische Sprecherin der PDS-Landtagsfraktion. Und sie versprach nicht zuviel. Der Film »Spitze! Schulen am Wendekreis der Pädagogik« über das finnische Schulsystem beflügelte die Gäste der Bildungspolitischen Konferenz, zu der Landtagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann am 18. August in den Bernauer Treff 23 eingeladen hatte. Gemeinsam wurde in anregender Debatte nach Wegen gesucht, wie das »Geheimnis« der finnischen Schule »Fördern statt Auslese« praktikabel auch hierzulande angewendet werden kann. »Finnische Inseln in Brandenburg erschaffen«, nannte es Peter Dudyka, der Vorsitzende des Kreisschulbeirats.

Ansatzpunkte gibt es bereits. So der staatliche Versuch mit den »Flexklassen«, einer flexiblen Eingangsphase, in der Schüler die Klassenstufen 1 und 2 im Zeitraum von ein bis drei Jahren absolvieren können. Oder Englisch ab der 3. Klasse, wobei aber überhaupt noch nicht klar sei, was mit diesen Schülern in punkto Fremdsprachen auf dem Gymnasium geschehen solle, etwa (wie ein Zwischenruf scherzte) Chinesisch? Auch befinden sich zehn Prozent der brandenburgischen Schulen (mit vier Prozent aller Schüler) in der Verantwortung Freier Träger, bei denen, so Dr. Alexander Stendal von der Montessorischule Niederbarnim e.V., reformpädagogische Ansätze wie »Hilf mir, es selbst zu tun« im Mittelpunkt stehen.

»Doch: Respekt vor den Kindern zu haben, ihnen alle, aber auch alle Möglichkeiten zu geben, den Lernanfang so zu packen, daß sie hochmotiviert Lust auf ein lebenslanges Lernen haben – kann dieser Grundsatz finnischer Schulpolitik bei uns nur Sache von Privatschulen oder von einzelnen Lehrern sein, die ihre knappen Freiräume ausreizen?« In Finnland, sagte Große weiter, befindet sich nur eine einzige Schule in Freier Trägerschaft, nämlich die der deutschen Botschaft. Auch Enkelmann steht skeptisch zu Elternbeiträgen: »Unsere Schulen sollen allen Schülern offen stehen.« Versteckte Kosten wie Lernmittel, Klassen-

fahrten und neuerdings Schülerbeförderung gäbe es schon genug. Die PDS will nach Auskunft von Große Chancengleichheit als Grundprinzip der Schulpolitik durchsetzen. »Jedes Kind, auch das von Arbeitslosen, soll ein uneingeschränktes Recht auf einen Kita-Platz und ein elternbeitragsfreies Vorschuljahr haben. Alle sollen mindestens acht Jahre gemeinsam an einer Schule lernen, sollen entsprechend ihren Fähigkeiten, Neigungen, Begabungen und Defiziten gefördert werden. Wir brauchen kleinere Klassen, Entlastung der Lehrer vom Verwaltungsaufwand, elternbeitragsfreie Schülerbeförderung.« Utopisch?

Der Konferenzfilm zeigte, daß es geht: In Finnland nutzen 90 Prozent aller Kinder die beitragsfreie Vorschulerziehung. Danach gibt es eine neunjährige gemeinsame Schule mit beitragsfreiem Mittagessen, freien Lernmitteln und freier Schülerbeförderung. Mehr als 60 Prozent besuchen ab Klasse 10 das Gymnasium. Die Klassenstärke liegt bei 19,4 Schülern. An der Seite der Lehrer arbeitet an jeder Schule ein fest angestelltes Team von Sonderpädagogen, Psychologen, Logopäden, Krankenschwestern und für soziale Probleme zuständige Kuratoren.

Dafür muß die Politik die Bedingungen schaffen. Auf kommunaler Ebene wird da bereits allerhand getan. Roland Hiepel von der Bernauer Schule am Stadtpark lobte ausdrücklich die Stadtverordneten aller Parteien, daß sie sich zu ihren Schulen bekennen. Beim Hickhack des Kreises um die Gymnasien sieht es da schon anders aus, offensichtlich seien die dafür Zuständigen in der Kreisverwaltung »schon zu weit weg«, beklagten Vertreter der Gymnasien. Und das Land? Seit 1990 wurden über 11.000 Lehrerstellen gestrichen, weitere 7.000 sollen bis 2009 wegfallen. Überlastete und frustrierte Lehrer allein können Brandenburgs Schule kaum heilen. »Sie können uns an unseren Wahlaussagen messen, egal ob wir nach dem 19. September in Potsdam mitregieren oder als Opposition für eine andere Schule in Brandenburg wirken«, erklärten Enkelmann zum Große zum Konferenzschluß.

Dr. MANFRED KLAUS

Ein Schuß ins Leere

Finow (at/bbp). Wenige Tage vor der Bürgerversammlung zu Hartz IV in Finow (Seite 10) schrieb Bürgermeister Reinhard Schulz an den Finower Ortsbürgermeister Albrecht Triller. Schulz teilt mit, daß es sich bei der »Bürgerversammlung« nicht um eine »Einwohnerversammlung« gemäß Brandenburger Gemeindeordnung handele, zu der einzuladen nur der Bürgermeister berechtigt ist. Mit der Bezeichnung Bürgerversammlung werde der Eindruck erweckt, daß es sich um eine Einwohnerversammlung handele. Da es aber keine Einwoh-

nerversammlung sei, könne die Stadt auch nicht die Saalmiete tragen (rund 75 Euro).

Bisher wurde auf diese entsprechenden Regelungen der Hauptsatzung der Stadt nie geachtet. Erst die Bemühungen des Ortsbürgermeisters führten zur Klarstellung hinsichtlich der Durchführung von Einwohnerversammlungen. Deshalb hatte Triller ausdrücklich zu einer »Bürgerversammlung« eingeladen und den Raum auf persönliche Rechnung bestellt. Was den Bürgermeister zu seiner unnötigen Klarstellung bewog, ist nicht bekannt.

Erfahrungen nutzen

Zu: »Mächtig zur Sache« von Albrecht Triller in BBP 8/2004

Die Vermutung, daß die Organisatoren der PDS-Wahlveranstaltung am 27. Juli nicht der Einschätzung von Albrecht Triller folgen, die Veranstaltung sei »mächtig in die Hosen« gegangen, bestätigte sich spätestens Anfang August auf der Mitgliederversammlung der Eberswalder PDS. Der Vorsitzende der Stadtparteiorganisation Jens-Olaf Melzow sprach vielmehr von zunehmender Resonanz über die Grenzen der Partei hinaus. Immerhin war es schon die dritte Wahlveranstaltung, die der PDS-Stadtverband Eberswalde bis dahin organisiert hatte. Demgegenüber seien die ersten beiden, so Melzow, fast völlig interne Parteiveranstaltungen gewesen. Mindest drei weitere – jeweils mit einem bestimmten Politikfeld als Schwerpunkt – würden noch folgen, versprach der Stadtvorsitzende.

Dennoch dürfte Trillers Kritik zumindest zum Teil ins Schwarze treffen. Allerdings scheint mir diese an die falsche Adresse zu gehen. Es ist der in Biesenthal wohnenden PDS-Landtagskandidatin sicherlich kaum anzukreiden, wenn sie beim Thema »Entwicklung von Eberswalde« nicht mit Sachkenntnis aus erster Hand glänzen kann. Zumal es zu diesem Thema auch innerhalb der PDS Eberswalde durchaus noch Diskussionsbedarf gibt. Die PDS-Fraktion will sich im September mit dem Thema beschäftigen.

Diese Kritik darf sich wohl vielmehr der Stadtvorstand ans Revers heften, dem es offenbar nur ungenügend gelungen ist, im Vorfeld der Wahlveranstaltungen für die notwendige Kommunikation zu sorgen und so die Gefahr heraufbeschwor, die Landtagskandidatin in diversen inhaltlich schlecht vorbereiteten Diskussionsforen zu verschleifen. Eine direktere Ansprache der PDS-Stadtverordneten durch die Organisatoren beispielsweise hätte ganz sicher einiges Potential an Sachkenntnis gerade zum Thema Stadtentwicklung erschlossen. Daß offenbar ein so nebensächliches Thema wie die »Telekomstraße« – von anderen politischen Kräften ins Feld geführt, um von wirklich wichtigen Sachthemen abzulenken – in das Zentrum der Diskussion rücken konnte, ist sicherlich eine Folge solcher mangelnden Vorbereitung.

Zum Erfolg der Eberswalder PDS könnte beitragen, wenn sie insgesamt mehr Wert darauf legen würde, ihre vielen seit 1990 gesammelten Erfahrungen für die aktuelle Politik zu nutzen. Ein offener und kritischer Umgang mit der eigenen Vergangenheit sollte dabei durchaus keine untergeordnete Rolle spielen. Leider werden selbst vorhandene Diskussionsmöglichkeiten, wie z.B. das eMail-Diskussionsforum der PDS Eberswalde (zur Anmeldung einfach eine eMail an: pds_egerswalde-subscribe@yahoo.com) viel zu wenig genutzt.

GERD MARKMANN

»Dem Vaterland die Treue in allen Zeiten fort«

Betrachtungen über das »Märkerlied« von Wolfgang Müller

Im Taschenbuch »Geschichte in Daten - Brandenburg« (Materna/Ribbe), Ausgabe 1995, erfährt man auf der Seite 205, wann und wo die lokale Nationalhymne des heutigen Bundeslandes Brandenburg entstand. Wir lesen hinter der Jahreszahl 1923, 10. Mai: »In der Jugendherberge Wolfslake verfaßt der 21jährige Berliner Gustav Büchschütz das Märkerlied: Steige hoch, Du roter Adler.«

Zu seinem etwas verquastem Text mit einprägsamem Refrain bastelte sich der junge Mann eine volkstümliche Melodie und ließ das Lied zuerst auf seine Wanderfreunde des »Deutschen Bismarckordens«, einen der vielen nach der Novemberrevolution von 1918 entstandenen rechtsäußersten »völkischen« Vereine, los.

Der Begründer der Bismarckbewegung und Führer des Vereins, in welchem Büchschütz wirkte, war ein gewisser Wilhelm Kube. Nach der Machtübertragung an Hitler 1933 war Kube als Gauleiter der NSDAP zugleich Oberpräsident der Provinz Brandenburg. Während des Krieges gegen die Sowjetunion war er als Generalbevollmächtigter in Minsk eingesetzt, wo ihn Partisanen im Jahr 1943 töteten. Das wäre eine eigene Geschichte, wenn Büchschütz nicht ausdrücklich nochmals an diese Nähe zu Kube erinnert hätte. Am 17. Februar 1934 nämlich erzählte der Erfinder in der »Königs Wusterhausener Zeitung« selbst, wie das »Märkerlied« entstand.

Nachdem er zunächst an seinen völkischen Wanderverein und geflissentlich an dessen ehemaligen Führer Kube erinnerte, schrieb Büchschütz: »Als ich im Frühjahr 1923 das neugeschaffene Lied dem Freundeskreis brachte, ahnte ich noch nicht, daß es einst eine derartige Verbreitung finden würde, und zunächst blieb es auch, so unpolitisch sein Inhalt sein mochte, ein 'Nazilied' und war daher bei Andersdenkenden verpönt. Kein Rundfunk nahm sich des Liedes an. Für die breite Öffentlichkeit war es tot. Nur in der märkischen Wandervogelbewegung hat das Lied frühzeitig Eingang gefunden.

Und wie war der 'politische Weg' des Liedes? Vom Bismarckorden ging es zum 'Frontbann' (1924 anstelle der zeitweilig verbotenen

SA gegründet - W.M.) und zur SA und machte hier den Siegeszug der völkischen Bewegung mit, so daß es jetzt als vielgesungenes Lied der nationalsozialistischen Erhebung gilt. Gab es wegen dieses Liedes auch oft harte Zusammenstöße mit den politischen Gegnern, so blieb die Kraft des Liedes dennoch ungebrochen; im Gegenteil, auf den großen Veranstaltungen der NSDAP, in Berlin im Sportpalast und im Lustgarten erklang das Brandenburger Lied und warb immer neue Kämpfer für das neue Deutschland.«

Büchschütz erinnerte noch voller Stolz daran, daß »auf dem gewaltigen Parteitag in Nürnberg (der NSDAP im September 1933 - W.M.) die Berliner und Brandenburger ihre Sonderzüge unter den Klängen der 'Märkischen Heide' verließen«. Und, »auf den großen Veranstaltungen der NSDAP erklang das 'Brandenburger Lied' und warb immer neue Kämpfer für das neue Deutschland.«

1942, als dann unzählige Männer 'ans Gewehr' befohlen waren und bereits viele, anstatt im märkischen Sand und märkischer Heide zu wandern, in afrikanische Wüste und russische Steppe gebissen hatten, getreu der Verszeile »Dem Vaterland die Treue«, saß unser 'Freiheitssänger' als Beamter und Stadtinspektor in der Kartenstelle eines Berliner Bezirksamtes.

Und wieder fragte ihn die gleiche Zeitung anlässlich seines 40. Geburtstages nach dem populären Opus, zu lesen in der Ausgabe vom 7. April 1942. Büchschütz erinnerte nochmals an den Werdegang von der Hymne auf die Heimat zum »Kampflied der Bewegung« und daran, wie die Nazis, als die Hakenkreuzfahnen vor 1933 zeitweise verboten waren, dann eben mit weißen Fahnen und dem roten brandenburgischen Adler marschierten und erklärte: »Und dazu paßte der Kehrreim des Märkerliedes 'Steige hoch, du roter Adler!' Mit der nationalsozialistischen Bewegung ist mein Lied groß geworden und so begann sein eigentlicher Siegeszug nach der Machtübernahme. In der Hitlerjugend, in der SA, überall wurde es gesungen, es erklang in den Straßen Nürnbergs an den Reichsparteitagen und es wanderte weit über die Grenzen des Gaues hinaus...«.

Nach dem 8. Mai 1945 wurde es still um das Lied und den roten Adler. Das Präsidium der Brandenburgischen Provinzialverwaltung beschloß im November 1945, den Pleitegeier durch eine Eiche zu ersetzen. Von Herrn Büchschütz hörte ich als gelernter DDR-Bürger erstmals, als im Dezember 1990 anlässlich der Gründung eines Landesheimatbundes Brandenburg e.V. in Potsdam »unter großem Beifall ... der fast erblindete Gustav Büchschütz sein 1923 gedichtetes Lied 'Märkische Heide' dirigierte«, wie die Zeitung »Neues Deutschland« am 18.12.1990 berichtete.

Am 1. November 1990 war Manfred Stolpe zum Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg gewählt worden. Das neue Landeswappen zeigte seit 1990 wieder einen roten Adler (oder roten Milan wie manche meinen), angelehnt an die Form des einfachen askanischen Uradlers vom Schild Ottos I. aus dem Jahre 1170. Darauf konnten nur historische Insider gekommen sein. Bei so viel Erinnerungsbemühen wunderte es kaum, daß auch nicht ganz so lange zurück liegende alte Weisen aus der Versenkung erschienen. Das »Lied der nationalsozialistischen Bewegung« war in Potsdam unversehens als Volkes Lied hoffähig geworden. Im märkischen Sumpf und Sand erblühten zunehmend einst als ausgestorben vermutete Gewächse. Heute sind schon wieder Flugblätter notwendig, in denen aufgerufen wird, sich gegen den wachsenden Rassismus und Neofaschismus zu engagieren.

Mein Freund Lothar meinte, als wir uns über das »Märkerlied« unterhielten: »Mir ist verständlich, warum manche ältere Leute bei der Intonation dieses Liedes verstummen. Die wissen noch, wer das gesungen hat und wann. Manchmal schlägt es einem in Kenntnis der Geschichte einer Sache eben die Sprache, bekommt selbst ein sogenanntes, zur Brandenburg-Hymne stilisiertes Volkslied faden Beigeschmack.«

Finde ich auch! So etwas singt man einfach nicht mehr – oder stimmt das Rennsteiglied an.

(anlässlich des »Brandenburgtags« in Eberswalder gesucht und gefunden in »Roter Brandenburger« Nr. 4/2004)

Habt Ihr auch keine Lust die Herbstferien wieder nur zu Hause zu verbringen? Wenn dem so ist, dann haben wir genau das richtige für Euch: eine Erkundungsreise ans Meer! Vom 3. bis 8. Oktober werden wir eine wunderschöne Reise nach Binz auf die Insel Rügen organisieren, dafür suchen wir interessierte Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 13 Jahren. Übernachten werden wir in der »Jugendherberge Binz«. Diese liegt »inmitten einer malerischen Bucht mit Sicht auf die Kreifelsen und den Granitzwald, unmittelbar am

Ferienstpaß im Herbst – auf nach Rügen

schneeweißen 13 km langen Sandstrand...«. So steht es nicht nur in der Broschüre, nein, so ist es auch wirklich! Dies sind natürlich beste Voraussetzungen für Wanderungen, Fahrradtouren (z.B. zum Jagdschloß Granitz) oder auch Bootstouren. Doch keine Angst, es sind auch viele erholsame Aktivitäten im Programm. Wie zum Beispiel der Besuch von gemütlichen Kaffees, der Strandpromenade, Shopping-Touren oder Relaxing-Tage am Meer.

Wer sich also mit uns ein paar schöne Tage machen, und sich das unvergleichliche Meerresrauschen nicht entgehen lassen möchte, meldet sich entweder selbst bei uns oder informiert seine Eltern. Die Kosten für die Tour betragen 90 Euro. Kontakt: Bund zum Schutz der Interessen der Jugend e.V., Bahnhofstraße 32, 16227 Eberswalde (Tel: 03334/238978, Fax: 03334/238978, email: infos@bsij-ev.de).

HARDY LUX, BSIJ e.V.

Workshop zur lokalen Geschichte **Satire oder Beleidigung?**

Flucht und Vertreibung von Polen und Deutschen 1939 bis 1949

»Und dann mußten wir raus ... – I wtedy nas wywiezli ...«, hieß eine Ausstellung, die bis Anfang September in den Baracken des ehemaligen Außenlagers des KZ Ravensbrück im Eberswalder Stadtteil Eisenspalterei zu sehen war. Die Ausstellung ging über die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Zwangsarbeit im II. Weltkrieg hinaus, das zeigt sich auch in unseren Vorhaben und Aktivitäten. Erinnert wurde an die Vertreibung von Polen und Deutschen in den Jahren 1939 bis 1949. Ein Schwerpunkt der mit der Ausstellung verbundenen Projektarbeit war die Geschichte von Flucht, Vertreibung und Umsiedlung. Wir wollen Schuljugendliche anregen, sich mit der Geschichte der Stadt Eberswalde und insbesondere der von uns genutzten Baracken zu beschäftigen.

Unsere Stadt liegt in der deutsch/polnischen Grenzregion. Wichtig ist uns zu vermitteln, daß die gemeinsame Geschichte aus deutscher und polnischer Sicht unterschiedlich wiedergegeben wird. Hier sollen die Erzählungen der deutschen »Großeltern« um die von polnischen »Großeltern« ergänzt werden.

Das Projekt begann am 16. August mit einem einwöchigen Workshop. Anschließend folgten zwei Wochen der Nachbereitung. Die Begleitung erfolgte durch Mario Wenzel. Mario Wenzel hat im vergangenen Jahr u.a. die Bemühungen der Behörden bei der Aufnahme, Versorgung und Unterbringung der Heimatvertriebenen in der Lutherstadt Wittenberg 1945/46 untersucht und dazu in einem Sammelband auch einen Artikel veröffentlicht.

Die projektbeteiligten Schülerinnen und Schüler trafen sich mit Schülerinnen und Schülern aus einem deutsch/polnischen Geschichtsprojekt der Gesamtschule Gartz: Die Gartzter Jugendlichen haben ihre Großeltern nach ihren Erlebnissen im und nach dem II. Weltkrieg befragt und dieses in einem Projekt dokumentiert. Deutsche und polnische Beschreibungen stehen gleichberechtigt nebeneinander.

Abschluß und Präsentation der Arbeit erfolgte zum Brandenburger Tag am 4. September in Eberswalde.

EXIL e.V.

»Abriß« – Bilder von Reinhard Wienke

Eberswalde (mühle). Es herrscht noch »Sommer in der Mühle«. Bis zum 12. September lädt der Eberswalder Reinhard Wienke zu seiner Bilderausstellung zum Thema »Abriß« ein. Er stellt Eberswalder Stadtansichten und Häuserporträts vor. Den Anstoß zum Ausstellen erhielt Reinhard Wienke übrigens durch den augenfälligen Abriß-Booms in der Stadt. Neben einigen verschwundenen Ruinenbildern hat er auch sanierungsbedürftige oder vom Abriß bedrohte Häuser, Plätze und Straßenzüge verewigt. Die Ausstellung bietet den Mühle-Besuchern also im Zuge des 750-jährigen Stadtjubiläums eine Stadtführung der besonderen Art. Dem seit 1990 in Eberswalde beheimateten Maler interessierte am Abriß-Thema vor allem die unwiederbringlichen Bildmotive im Spannungsfeld zwischen Verlust und Wandel. Daneben präsentiert Reinhard Wienke einen kleinen Abriß seines Selbstporträt-Schaffens. Auch an diesem Motiv, mit dem er sich seit nunmehr 25 Jahren beschäftigt, reizt ihn das momenthafte Festhalten des Veränderli-



chen. Gleichsam als Ergänzung zur »Abriß«-Ausstellung von Reinhard Wienke stellte Glenn Rossow am 28. August in der Zainhammer Mühle seinen Architektorentwurf vor, der sich mit der Zukunft der Kunstmühle beschäftigt. Die Präsentation stand unter der Überschrift »Kunsthau Zainhammer – Gedankenspiele zu Entwicklungsmöglichkeiten«.

Geöffnet ist Zainhammer Mühle in Nähe des Eberswalder Krankenhauses jeweils sonnabends und sonntags von 14.30 bis 18.00 Uhr.

PDS feiert Landtagswahl

Erstmals trifft sich die PDS am Abend der Landtagswahl zu einer zentralen Wahlfeier im Barnim. Der Kreisvorstand lädt die Barnimer PDS-Mitglieder für den 19. September ab 17.30 Uhr in der Gaststätte »Lido« (Bergerstraße, am Finowkanal hinter der Stadtwerkverwaltung) in Eberswalde ein.

Um auch den PDSlern aus dem Niederbarnim die Teilnahme zu ermöglichen, werden zwei Buslinien eingerichtet.

Linie 1: 16.30 Uhr ab Schönerrinde, über Schönwalde, Basdorf, Wandlitz, Lanke, Biesenthal nach Eberswalde.

Linie 2: 16.30 Uhr ab Schwanebeck, über Zepernick, Bernau, Seefeld, Werneuchen, Trampe nach Eberswalde

Rückfahrt für beide Linien 22.30 Uhr ab Eberswalde. Der Unkostenbeitrag für Hin- und Rückfahrt beträgt 5 Euro (Tel. 03338/763585).

RALF HOPPE, PDS-Kreisvorsitzender

Im BBP-Forum, der eMail-Informations- und Diskussionsliste für die Abonnenten der Barnimer Bürgerpost (bbp-forum-subscribe@yahoo.de), löste der Artikel von Dr. Mathias Wedel »Was wäre – wenn Markus Meckel den Groschen gefunden hätte?« eine heftige und kontroverse Diskussion aus.

»Was mich an dem Artikel schockiert hat«, meinte ein Leser, »ist die häßliche und beleidigende Art, mit der hier über einen Menschen hergefallen wird. Da ging es nicht mehr um eine Sache oder um Meinungsverschiedenheiten, sondern wurde ein Mensch einfach nur verunglimpft und diffamiert. Für solche Darstellungen sollten die publizistischen Grundsätze künftig keinen Raum mehr geben.«

»Wer sich mit Wedels Schaffen beschäftigt«, so ein anderer, »weiß, daß er ein begnadeter Satiriker ist.«

Ein weiterer differenzierte: »Zum einen muß ich dem Autor einen sehr bissigen Satire-Stil bescheinigen, welcher perfekt mit Worten spielt und sogar Karikaturen in einen geradezu biblisch anmutenden Text fassen kann. Andererseits ist es natürlich sehr unangenehm, wenn man verärgert feststellen muß, daß auch die eigenen Leute zur unterhaltsamen Zielscheibe wurden. Ich bin dennoch gegen eine Veränderung der publizistischen Grundsätze – auch wenn es mich einmal derart kalt erwischen sollte. Erstens sind wir alle keine Heiligen und verdienen also auch hin und wieder einen kritischen Hinweis oder einen Spaß auf unsere Kosten. Und es muß zweitens schon noch erlaubt sein, in einem von Anfang an als Satire erkennbaren Text etwas vom sachlichen Umgangston eines mittleren Verwaltungsbeamten abzuweichen.«

Letzterem habe ich nicht viel hinzuzufügen. Ja, wer ins Visier des Satirikers Mathias Wedel gerät, muß hart im Nehmen sein. Da hatte ich nemchem mehr zugeutraut, zuviel zugemutet. Leider kamen auch diesmal allzusehr solche Lösungen zur Sprache, wonach der Redakteur »solche Artikel nicht verwenden« oder die Texte verändern sollte, um klar zu machen, es handelt sich um »subjektive Äußerungen«.

Aus unseren jährlich im Januar veröffentlichten »Publizistischen Grundsätzen« ist ersichtlich, daß es sich bei der »Barnimer Bürgerpost« um eine Leserzeitung handelt. Es liegt also gar nicht im Ermessen der Redaktion, ob ein zur Veröffentlichung eingereicherter Beitrag »verwendet« wird oder nicht. Andererseits dürfte einleuchten, daß jeder namentlich gekennzeichnete Beitrag vom Grundsatz her eine »subjektive Äußerung« ist.

Die Redaktion der »Barnimer Bürgerpost« wird auch weiterhin nicht als Zensor tätig werden und sich keiner wie auch immer gearteten Zensurbehörde unterwerfen. Es bleibt allen Leserinnen und Lesern vorbehalten, sich zu jedem hier veröffentlichten Beitrag mit einer entsprechenden Replik zu äußern.

GERD MARKMANN

Demo für eine neue Abwasserpolitik

Am Sonnabend, den 11. September, beginnt um 10 Uhr vor dem Brandenburgischen Landtag in Potsdam eine Mahnwache zum Desaster Abwasserpolitik der Landesregierung. Initiatoren sind einmal mehr u.a. Anita Petri, Frieda Petzelis und Ingrid Feuerherd, die damit an ihren Hungerstreik vor fünf Jahren in Damsdorf erinnern. Diese Erinnerung ist bitter nötig, denn die Landesregierung hat die damals gegebenen Versprechen – gegeben, um den Hungerstreik zu beenden – nicht gehalten, sondern gebrochen. Die bereits damals formulierten Ziele sind nach wie vor nicht erreicht:

- *Schluß mit der flächendeckenden, kostentreibenden Kanalisierung des Landes*

- *Schluß mit der Vergeudung von Wasser und Abwasser durch »Beseitigung«*
- *Schluß mit der schädlichen Durchsetzung eines Anschluß- und Benutzungszwanges*
- *Weitgehender Verbleib des Wassers in der Landschaft.*
- *Beginn einer Politik zum nachhaltigen Umgang mit Wasser u. Abwasser*

Die Aktion ist bis zum 18. September geplant. Sie wird von den landesweit zusammenarbeitenden Bürgerinitiativen für eine neue (Ab-)Wasserpolitik, insbes. der IDA Oder/Spree und von der Allianz freier Wähler, der Vereinigung der Bürgerinitiativen, unterstützt.

JOHANNES MADEJA

Lichternacht

Eberswalde (mühle). Der Eberswalder Beleuchtungskünstler Henrik Schade lädt für Samstag, den 11. September, zu einem nächtlichen Lichtspaziergang durch Eberswalde ein.

»Nach dem Trubel um die Feierlichkeiten zum Stadtjubiläum soll der Nachtspaziergang ein Versuch sein, alltägliche Orte aus einer anderen Perspektive zu sehen und die ruhigen Seiten der Stadt zu genießen«, erklärt Schade sein Anliegen. Lampen, Fackeln, Kerzen, Lampions und Musik werden die nächtlichen Spaziergänger vom Park am Weidendamm über Maria-Magdalenen-Kirche, Stadtmauer, Goethetreppe, Drachenkopf, Hardenbergstraße, Mühsamstraße zur Schillertreppe leiten. Oberhalb der Schillertreppe findet der Lichtspaziergang seinen Abschluß bei Wein und brasilianischer Musik des Trios Cupuacu.

Henrik Schade wird vielen Eberswaldern durch seine Beleuchtungen von Kulturveranstaltungen bekannt sein, etwa bei den Konzerten Purpur und Jazz in E oder bei Theateraufführungen in der Zainhammer Mühle und im Schloßpark Altranft. Unterstützung für das aktuelle Vorhaben erhält er von Ellen Behring (Die Mühle e.V.) und dem Kulturamt der Stadt Eberswalde.

Der Lichtspaziergang beginnt um 20 Uhr im Park am Weidendamm. Paul Wunderlichs Raubvogel wird zum Tor in die Lichternacht. Hier erhalten die Besucher einen Wegeplan mit allen beleuchteten Punkten. Die Veranstaltung ist kostenlos.

Anzeige

Bürger hört die Skandale!

Mit diesem neuen Programm gastiert **Dietrich Kittner**, der bissigste Kabarettist der Bundesrepublik am **11. September** auf Einladung des Vereines »Offene Worte e.V.«, der die gleichnamige Zeitung der PDS herausgibt, in der **Aula der Fachhochschule Eberswalde**. Die Veranstaltung beginnt um **20 Uhr**. Einlaß ist ab 19 Uhr. Für das leibliche Wohl sorgt der Naturkostladen Globus. Karten kosten 6 Euro und sind in der PDS-Geschäftsstelle in Eberswalde, im Naturkostladen Globus und bei Volker Passoke (03334/288141) zu kaufen und natürlich an der Abendkasse erhältlich.

Hier noch einige Pressestimmen:

»Politiker gehen in Deckung, wenn sie den Namen Dietrich Kittner hören.« (NDR 3)

»Das politische Kabarett in Deutschland hat seit mehr als vierzig Jahren einen Namen: Dietrich Kittner« (Stuttgarter Nachrichten)

Es ist nicht übertrieben, wenn Feuilletonisten großer Zeitungen ihn als »zur Zeit besten Kabarettisten« bezeichnen. (Frankfurter Rundschau)

VOLKER PASSOKE

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über den Postweg wird eine Versandkostenpauschale von 7 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonent/in

- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

19. Sept. - 17. Okt. 2004 64. Ausstellung

E 750

Vernissage: Samstag 19. September 14.30 Uhr
Die Mühle e.V. · Am Zainhammer 3 · 16225 Eberswalde
Die Mühle befindet sich in der Nähe des Krankenhauses und des Zoos.
Öffnungszeiten: Samstag & Sonntag von 14.30 bis 18 Uhr
info@diemeuhle.de · www.diemeuhle.de

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 75 111 125 96

e-mail: bbp@telta.de

bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de (für Abonnenten)

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 21 26 00

redaktionsschluß: 4. September 2004

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 2.10.2004, 12 Uhr.